

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Franz Nuscheler

Rassistische und faschistische
Auswüchse der britischen Krise

Markus Timmler

Verlieren die Industriestaaten
die Initiative?

Zur wirtschaftspolitischen Strategie
der Entwicklungsländer
während der letzten 25 Jahre

ISSN 0479-611 X

B 44/79

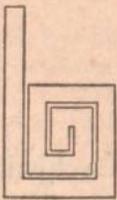
3. November 1979

Franz Nuscheler, geb. 1938, Professur für Vergleichende und Internationale Politik an der Gesamthochschule Duisburg (seit 1974); zuvor Wiss. Assistent und Oberrat an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen: Walter Bagehot und die englische Verfassungstheorie, Meisenheim 1969; zusammen mit Dieter Nohlen, Handbuch der Dritten Welt, 4 Bände, Hamburg 1974 ff.; zusammen mit Klaus Ziemer u. a., Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, 2 Bände, Berlin 1978; Editionen und Aufsätze über Pluralismus- und Verfassungstheorien, Entwicklungs- und Imperialismustheorien.

Markus Timmler, Dr. phil., Studium der Neueren Sprachen, Volkswirtschaft und Geschichte; nach Tätigkeiten als außenpolitischer Redakteur zunächst der „Frankfurter Neue Presse“, dann der „Welt“ Chefredakteur des „Volkswirt“; danach internationaler Korrespondent der „Nachrichten für Außenhandel“ und schließlich selbständiger Publizist. In diesen Funktionen hat der Autor seit den fünfziger Jahren bei vielen Reisen die Probleme der Dritten Welt vor Ort in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie bei allen grundlegenden Internationalen Konferenzen verfolgt.

Veröffentlichungen u. a.: Hunger ist kein Schicksal — Zwei Kontinente melden sich zu Wort, Hannover 1961; Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der pan-afrikanischen Konferenzen, in: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln und Opladen 1962; Die Welt-Handelskonferenz in Genf, Köln 1964; Gruppe der 77 und Charta von Algier, Köln 1968; Von der schöpferischen, fortwirkenden Entwicklungshilfe, Frankfurt 1979; Die wirtschaftliche Bedeutung internationaler Organisationen, Köln 1971; Können und Wollen — Die Strategie für das zweite Jahrzehnt der Entwicklung, Stuttgart 1972; Zusammenarbeit und Gruppen-Bildung in Schwarz-Afrika, Köln 1975.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT ein-
schließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77
Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zu-
sätzlich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen
keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-
richtung und Urteilsbildung.

Rassistische und faschistische Auswüchse der britischen Krise

Das Ergebnis der britischen Parlamentswahl vom 3. Mai 1979 scheint schlagartig die innenpolitischen Erschütterungen und verfassungspolitischen Verwerfungen, die die drei Legislaturperioden seit 1970 gekennzeichnet und sich quantitativ in den Ergebnissen der beiden Wahlen von 1974 ausgedrückt hatten, wieder in das Lot der Normalität gebracht zu haben. Die Lehrbuchweisheiten über das „Westminster Modell“ scheinen sich nach den massiven Verlusten der autonomistischen Regionalparteien und der anderen „Drittparteien“, die im Oktober 1974 immerhin ein Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatten¹⁾, nach der Stabilisierung des Zweiparteiensystems, das sich von 1974 bis 1979 nur noch auf die Stimmen von 54,5 Prozent aller Wahlberechtigten stützen konnte, und nach der Wiederherstellung einer handlungsfähigen Mehrheitsregierung wieder zu reimen²⁾.

Die Politologen, die aus den Wahlergebnissen von 1974 eine Integrationskrise des Vereinigten Königreichs (United Kingdom UK) und eine Legitimitätskrise des politischen Systems folgern konnten³⁾, wurden offensichtlich durch die Ergebnisse der Devolutionsreferenden in Wales und Schottland und der Wahl von 1979 schnell und gründlich widerlegt. Wenn die sich in ökonomischer Stagnation und sozialen Verteilungskonflikten manifestierende „britische Krise“ im ursächlichen Kern eine Verfassungskrise ist⁴⁾, dann wurde dieser faule Kern durch die Rückkehr zum gewohnten Verfassungsszenarium zumindest wieder verdeckt. Auch die Wähler scheinen sich nach den Irritationen von 1974 wieder auf die ihnen von Politikern und Analytikern zugeordneten Tugenden besonnen zu haben: Vertrauen („deference“) zu den hergebrachten In-

stitutionen, Parteien und Eliten, Mißtrauen gegenüber systemgefährdenden Veränderungen, Extremen und Außenseitern.

Zu dieser trügerischen Stabilität und Normalität der politischen Kultur gehört auch der Wahlmißerfolg der *National Front*, deren Erfolge bei Nach- und Kommunalwahlen in den Jahren 1976/77 nicht nur im Ausland (mit selbstrechtfertigender Häme gemischten)

INHALT

- I. Warum Mosleys „British Union of Fascists“ (BUF) scheiterte
 1. „Britische Krise“ und Faschismus
 2. „Immigration“ als Treibsatz für Rassismus
- II. Abgrenzungsprobleme auf der politischen Rechten
- III. Vor- und Entstehungsgeschichte der NF
 1. Ideologie, Programmatik und Taktik der NF
 2. Organisations- und Sozialstruktur der NF
 3. Wahlsoziologie und Wahlpsychologie
 4. Potential und Barrieren
- IV. Gegenreaktionen von Gesellschaft und Politik

Zweifel an der Widerstandsfähigkeit der britischen „Musterdemokratie“ gegenüber faschistischen Anfechtungen aufkommen ließen, sondern auch den betulich-konservativen *The Economist* zu der Feststellung verleitet hatten: „that Fascism is about to engulf the British“⁵⁾. Die von der *National Front* (NF) gezielt in Londoner Stadtteilen mit überdurchschnittlichen Anteilen farbiger Bevölkerung provozierten Krawalle, die Massenschlägereien mit der *Anti-Nazi-League*, in die Hundertschaften von Polizei verwickelt wurden und im Wahlkampf von 1979 das zweite Menschenleben — nach dem ersten Opfer beim Zusammenstoß auf dem Londoner Red Lion Square im Juni

¹⁾ Vgl. Chris Cook, *The Challengers to the Two-Party System*, in: Chris Cook/J. Ramsden (Hrsg.), *Trends in British Politics since 1945*, London 1978, S. 132—156.

²⁾ Vgl. P. Byrne/T. Burkett, *Political Developments in Britain 1974—1979 and the General Election of 1979*, erscheint in deutscher Übersetzung in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3/1979.

³⁾ Beispielhaft sind D. Kavanagh, *Party Politics in Question*, in: D. Kavanagh/R. Rose (Hrsg.), *New Trends in British Politics*, London/Beverly Hills 1977, S. 191—219, oder: Tom Nairn, *The Break-Up of Britain*, London 1977.

⁴⁾ So N. Johnson, *Die englische Krankheit*, Stuttgart 1977.

⁵⁾ *The Economist* vom 20. August 1977.

1974⁶⁾ — in den Marschreihen der vor allem von linken Organisationen mobilisierten Gegendemonstrationen forderten, oder die rassistisch-antisemitischen Schmierereien in Vortzügen, Bahnhöfen und an Mauern des Londoner Eastend haben einen Unter- und Hintergrund, der nicht nur die äußersten Ränder von Gesellschaft und Politik berührt.

Das Wahlergebnis von 1979 könnte dazu verführen, diese häßlichen Ausgeburten der „britischen Krise“ in verslumten Peripherien einiger Großstädte (London, Birmingham, Leicester, Bradford) hinter der wahlstatistischen Sammelkategorie „andere“ zu verstecken — wie dies bisher in den Wahlanalysen von David E. Butler geschah. Aber die NF ist auch 1979 kein bloßer Wahlwitz oder eine politische quantité négligeable, obgleich ihr Stimmenanteil nur 0,4 Prozent ausmachte und alle Kandidaten ihr Deposit (bei weniger als einem Achtel der abgegebenen Stimmen) verloren. Sie konnte immer noch mehr Stimmen als die *Communist Party*, die *Socialist Workers Party* (SWP) oder die Ökologen gewinnen — und dieser Tatbestand ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten bemerkenswert.

Gegen eine Verniedlichung der „Gefahr von rechts“ sprechen mehrere Gründe.

Erstens täuscht das Wahlergebnis von 1979 über die Erfolge der NF bei Kommunal- und Nachwahlen hinweg (vgl. Kap. III.3) und verdeckt das von der sozialempririschen Forschung offengelegte rassistisch-faschistische Potential (vgl. Kap. III.4), das sich in einer anderen politischen Großwetterlage wieder in einer anderen Stimmabgabe entladen könnte.

Zweitens ist die mit gewalttätigen Demonstrationen und mit dem in den Medien in Erinnerung gehaltenen Nationalsozialismus assoziierte NF für viele noch so abschreckend, daß sie das vorhandene Potential nicht an sich binden kann.

Drittens erhielt die NF auch 1979 mit 191 706 oder 1,3 Prozent der (in 303 von 635 Wahlkreisen mit NF-Kandidaten) abgegebenen Stimmen gegenüber 3,2 Prozent im Februar 1974 (in nur 54 Wahlkreisen) und 3,1 Prozent im Oktober 1974 (in 89 Wahlkreisen) wesentlich mehr Stimmen als *Oswald Mosleys* BUF (*British Union of Fascists*) in ihren besten dreißiger Jahren oder jemals eine andere faschistische Gruppierung, die es immer im Parteienangebot gab.

Viertens verhindert der Mechanismus des relativen Mehrheitswahlsystems, verbunden mit dem für „Drittparteien“ risiko- und verlustreichen Zwang zur Hinterlegung von £ 150, die Artikulation des vorhandenen Stimmenpotentials, das z. B. bei Fortschreibung des Wahlergebnisses vom Oktober 1974 für alle Wahlkreise auf immerhin etwa 750 000 schließen ließ.

Fünftens konnte *Mrs. Thatcher*, die sich mit ihrer vielbeachteten Warnung vor einer „Überschwemmung“ Großbritanniens durch farbige Immigranten⁷⁾ dem populistischen Rassismus *Enoch Powells* annäherte (vgl. Kap. I.2), zwar der NF wahlwirksamen Wind aus den Segeln nehmen, ohne aber mit diesem wahltaktischen Opportunismus Einstellungen verändern zu können.

Sechstens zeigt sowohl die Geschichte der BUF als auch die Entwicklung der NF, daß beide Ausgeburt einer Krise sind, die jedoch heute nicht primär außenwirtschaftlich bedingt ist und begründet werden kann und weniger schnell lösbar erscheint als die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

Faschistische Organisationen konnten immer und nur in Zeiten wirtschaftlicher Not oder der subjektiv empfundenen Unsicherheit und Existenzangst gedeihen. Das Aufblühen der NPD in der Rezession von 1966/67 zeigt diesen Zusammenhang von Faschismus und Krise am näherliegenden Beispiel. Ihr Erfolg liegt dabei nicht so sehr in ihrer eigenen Attraktivität, sondern in den gesellschaftlichen Bedingungen begründet. Diese Umweltbedingung des Faschismus könnte einerseits beruhigen, weil Stimmen für die NF oder NPD nicht zwangsläufig Zustimmung zu ihrer jeweiligen Programmatik signalisieren, andererseits allerdings dann beunruhigen, wenn das sich in rechtsradikaler Systemopposition gerierende Protestpotential nicht durch Erfolgserwartungen absorbiert werden kann. Die sozialökonomische und politische Entwicklung Großbritanniens läßt auch nach dem Wahlsieg der Konservativen keine erlösende Aufbruchstimmung zu, obgleich diese Partei nach ihrem geradezu epochalen Rechtsrutsch nach dem Führungswechsel von *Heath* zu *Thatcher* in der Lage ist, auch das Reservoir an ihren ultrakonservativen Rändern und jenseits davon zu absorbieren. Die folgende Einschätzung mag deshalb die Bedeutung der NF überzeichnen, warnt aber vor ihrer Verniedlichung und liefert zugleich eine ausreichende Relevanzbe-

⁶⁾ Vgl. die detaillierte Beschreibung bei R. Clutterbuck, *Britain in Agony. The Growth of Political Violence*, London 1978, Kap. 13.

⁷⁾ So in einem Fernsehinterview am 30. Januar 1978; zur Wahltaktik der beiden Großparteien vgl. Z. Layton-Henry, *Race, Electoral Strategy and the Major Parties*, in: *Parliamentary Affairs*, Bd. 30 (1978), S. 268—281.

gründung für diese Studie: „Britain has become the exception to the general European trend; it is the only country in Europe where it is possible to argue that fascism is politically

stronger today than it was in the 1930s.“⁸⁾ Man möchte hinzufügen: gerade Großbritannien, das die Ausnahme zum allgemeinen Trend in Europa bildete.

I. Warum Mosleys „British Union of Fascists“ (BUF) scheiterte

Mosley selbst führte den völligen Mißerfolg seiner faschistischen Mobilisierungsbemühungen in den dreißiger Jahren, 1948 bis 1951 und wieder Ende der fünfziger Jahre auf das Ausbleiben der „großen Krise“ zurück: „An electorate never moves decisively except under severe economic pressure which is nearly always unemployment.“⁹⁾ Er gründete nach seinem Rücktritt aus dem Labour-Kabinett von Macdonald zunächst seine *New Party* und dann 1932 die BUF, brachte furchterregende Massenversammlungen zustande und konnte dennoch nicht einmal im Londoner Eastend einen einzigen Sitz in den Kommunalparlamenten gewinnen; obwohl ihm respektable Mitglieder wie *General Fuller* oder *Admiral Sir Barry Domville* einige Honorigkeit verschafften¹⁰⁾.

Die Gründe, warum der Faschismus in Großbritannien auch vor der Bedrohung durch den deutschen Faschismus zu keiner Massenbewegung werden konnte, liegen einerseits in dem wirtschafts- und sozialhistorischen Tatbestand begründet, daß die Weltwirtschaftskrise die britischen Massen nicht so schwer traf wie auf dem Kontinent. Großbritannien hatte in den kritischen Jahren absolut und prozentual weniger Arbeitslose als Deutschland¹¹⁾ und als Importland von Lebensmitteln den Vorteil fallender Preise, die die relativ geringen Einkommenseinbußen der Beschäftigten nahezu ausglich¹²⁾. Die für den Faschismus anfällige Mittelklasse war wesentlich weniger von der Depression betroffen als in Deutschland (z. B. waren 1931 nur 5 Prozent der Büroange-

stellten arbeitslos)¹³⁾. Andererseits hatte Großbritannien im Jahre 1933 immerhin fast 3 Mio. Arbeitslose, vor allem in den Exportindustrien.

Warum der Faschismus auch in den am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen (z. B. Wales) oder marginalen Bezirken der Großstädte nicht Fuß fassen konnte, kann nur durch die Integrationskraft von Arbeiterbewegung und Parteien sowie durch die Legitimationskraft des politischen Systems erklärt werden: „The B.U.F., unlike its Continental counterparts, attacked a political system the legitimacy of which had been established. The political forms were accepted, the political leaders respected and the political process, over time, effective.“¹⁴⁾ Während in den Notstandsgebieten *Gewerkschaften* und *Labour Party* das soziale Protestpotential sowohl gegenüber den korporatistisch-faschistischen Verheißungen des früheren Labour-Ministers *Mosley* wie gegenüber den Krisentherapien der *Communist Party* weitgehend abschirmen konnten, ließen sich die Konservative Partei und die nicht durch eine revolutionäre Massenorganisation bedrohte Besitz- und Oberklasse nicht dazu verführen, durch ein Bündnis mit dem zwar gegen das Establishment agitierenden, aber als Mittelklassebewegung perzipierten Faschismus¹⁵⁾ die systemloyale Arbeiterbewegung zu strangulieren. Die innen- und außenpolitische Entwicklung des Nationalsozialismus tat ein übriges, eine in Ideologie, Symbolik und Sprache vergleichbare Bewegung im eigenen Land zu diskreditieren.

Die britische Geschichte während der Weltwirtschaftskrise widerspricht *Lipsets* These, daß sich in Krisenzeiten die Arbeiterklasse dem Kommunismus, die Oberklasse autoritären Diktaturen und die bedrohte Mittelklasse dem Faschismus zuwende¹⁶⁾. Auch marxistische Faschismustheorien, die den Faschismus aus der Krise des Kapitalismus ableiten und

⁸⁾ M. Billig, *Fascists. A Social Psychological View of the National Front*, London/New York 1978, S. 4.

⁹⁾ Oswald Mosley, *My Life*, London 1968.

¹⁰⁾ Zu BUF und Mosley vgl. R. Benewick, *The Fascist Movement in Britain*, London 1969; W. F. Mandle, *Anti-Semitism and the British Union of Fascists*, London 1968; Neil Nugent, *The Ideas of the British Union of Fascists*, in: N. Nugent/R. King (Hrsg.), *The British Right*, Westmead 1977, Kap. 6; R. Skidelsky, *Oswald Mosley*, London 1975.

¹¹⁾ Die Zahlen bei S. Glynn/J. Oxborrow, *Interwar Britain: A Social and Economic History*, London 1976, und Charles L. Mowat, *Britain Between the Wars 1918—1940*, London 1968, S. 433, weichen zwar erheblich voneinander ab, verdeutlichen aber die Differenz zwischen Großbritannien und Deutschland.

¹²⁾ Vgl. die Indexwerte von Löhnen, Kaufkraft und Konsum bei Ch. L. Mowat, a. a. O., S. 452.

¹³⁾ Vgl. Roger King, *Support for Fascism and the Radical Right: Some Explanations*, in: Nugent/King, a. a. O., S. 216 f.

¹⁴⁾ R. Benewick, a. a. O., S. 13; zusammenfassend S. 300 ff.

¹⁵⁾ Vgl. ebenda S. 112.

¹⁶⁾ Vgl. S. M. Lipset, *Political Man*, London 1960, Kap. 5.

ihn als „Herrschaftsform des Monopolkapitalismus in einer Niedergangsperiode“¹⁷⁾ bestimmen, kommen in Argumentationsnöte, wenn sie die Resistenz des britischen Klein- und Großbürgertums gegen den Faschismus trotz der objektiven Krise der Ökonomie erklären sollen.

1. „Britische Krise“ und Faschismus

Die Gründung der NF als Sammlung mehrerer nationalistisch-rassistischer Sektierergruppen (1967) fiel ebenso wie die Erscheinung des „Powellismus“ (vgl. Kap. II) in die zweite Hälfte der sechziger Jahre, als die auch vom Staatsinterventionismus der Labour-Regierung unkontrollierbare ökonomische Stagnation in Form von Arbeitslosigkeit, Inflation und Kaufkraftverlust die Massen erreichte. Die „britische Krise“ erwies sich als ein Bündel von Krankheitssymptomen, nicht nur als eine Wirtschaftskrise, sondern nun auch als eine Krise der Gesellschaft und der politischen Kultur (als Sammelbegriff für politische Einstellungen und die subjektive Problemverarbeitung): „Economic decline has been accompanied by the loss of Empire and a world political role, by threats to internal authority, and by rapid social change in sexual and cultural codes. All these occurred alongside continuing problems of poor housing, overcrowding, and urban decay.“¹⁸⁾

Heute sind nicht nur Teile der selbständigen (Handwerker, Händler) und unselbständigen Mittelklasse (Angestellte, Akademiker), Hilfsarbeiter und Schulabgänger strukturell durch Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse existentiell bedroht, sondern es überwiegen Pessimismus und Unsicherheit über die künftige Entwicklung, die auch durch die illusionsnährenden und deshalb fatalen Verheißungen einer besseren Zukunft durch die Politiker oder durch die Hoffnung auf den krisenlösenden Segen des Nordsee-Öls nicht überwunden werden können. Die Streikwellen und ihre Deutung durch die konservative Fleetstreet-Presse haben die Macht der Gewerkschaften und das Treiben der „Militants“ und „Trotzkisten“ in Gewerkschaften und Labour Party zu einer Bedrohungsvorstellung gemacht, über die auch die im Ausland gepflegte Stereotype der „britischen Gelassenheit“ nicht

mehr hinwegtäuschen kann. Wenn der *Economist*-Journalist und Direktor der *National Association for Freedom*, Robert Moss, im Stile von Orwell für 1985 die Apokalypse einer kommunistischen Diktatur ausmalt¹⁹⁾, werden politische Ängste erzeugt und geschürt, die geradezu „patriotische“ Operationen zur „nationalen Rettung“ provozieren. Die organisierte Aufwallung nationaler und monarchistischer Emotionen im Jubiläumsjahr 1978 nimmt sich wie eine Flucht aus der Wirklichkeit aus, nachdem auch das verlorene Empire kein Krisenventil und keine emotionale Ersatzbefriedigung mehr bieten konnte.

Das von *François Bondy* als „Krise ohne entsprechendes Krisenbewußtsein“ bewunderte „britische Wunder“²⁰⁾ mag alltäglichen Eindrücken entspringen, wird aber durch die soziempirische Forschung nicht gestützt. Sicherlich verwundert die unhysterische Reaktion auf alltägliche Unbill den Außenstehenden, aber hinter diesem Verhalten verbirgt sich nicht ein wundersamer Mangel an Realitätsbezug. Die britische *civic culture*, nach den Untersuchungen von *Almond/Verba* in den „goldenen Fünfzigern“ durch eine hohe Identifikation der Bürger mit dem politischen System, den Institutionen und Eliten gekennzeichnet²¹⁾, durchlief im folgenden Jahrzehnt einen tiefgreifenden Wandel²²⁾. 1975 stand Großbritannien in der Skala der Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie an vorletzter Stelle der neun EG-Länder, in der Skala der Zufriedenheit mit der eigenen Gesellschaft an drittletzter Stelle²³⁾. Auch wenn man solchen unhistorischen Survey-Daten, die aktuellen Umweltbedingungen entspringen, mit der gebührenden Skepsis begegnet²⁴⁾, können sie doch vor intuitivem Wunderglauben schützen.

Das Wahlergebnis von 1979 könnte zwar dazu verführen, in ihm eine Bestätigung für die von *Lipset/Raab* und *Shils* im Vergleich mit dem Rechtsradikalismus in den USA²⁵⁾ oder von

¹⁷⁾ R. Moss, *The Collapse of Democracy*, London 1977, Kap. 1.

²⁰⁾ Zitiert bei Karl Rohe, *Politische Kultur und sozialer Wandel in westlichen Demokratien*, unveröffentlicht. Ms (1979).

²¹⁾ Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963, S. 455 ff.

²²⁾ Vgl. vor allem die Untersuchungen von D. Butler/D. Stokes, *Political Change in Britain*, London 1974².

²³⁾ Nach R. Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton 1977, S. 169 f.

²⁴⁾ Vgl. Karl Rohe, *Politische Kultur und sozialer Wandel in westlichen Demokratien*, a. a. O.

²⁵⁾ S. Lipset/E. Raab, *The Politics of Unreason: Right-Wing Extremism in America 1790—1970*, London 1971, Kap. 11; E. Shils, *Torment of Secrecy*, Glencoe 1956.

¹⁷⁾ Vgl. W. Wippermann, *Faschismustheorien*, Darmstadt 1972, Kap. II.

¹⁸⁾ N. Nugent/R. King, *Ethnic Minorities, Scapegoating and the Extreme Right*, in: R. Miles/A. Phizacklea (Hrsg.), *Racism and Political Action in Britain*, London 1979, S. 37; eine Kurzanalyse der „britischen Krise“ liefert J. Hartmann, *Aspekte der „britischen Krise“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 45/77.

Benewick aus der Geschichte des britischen *Mosley*-Faschismus abgeleitete These zu finden, daß Großbritannien aufgrund seiner durch Toleranz und „deference“ gekennzeichneten politischen Kultur immun gegenüber Extremismus aller Art geworden sei. Diese „deference“ in einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft schirmte nach Auffassung von *Lipset* und *Shils* sowohl die politischen Eliten als auch das politische System — im Gegensatz zu den USA — von populistisch-faschistischen Anfechtungen ab, während der Konsens unter den Eliten die Kontrolle über die Massen sicherte²⁶⁾.

Roger King stellt dieses „deference“-Theorem, das Jahrzehnte lang erhalten mußte, um die politische Stabilität Großbritanniens im allgemeinen und das Verhalten der „working-class Tories“ im besonderen zu erklären²⁷⁾, grundsätzlich in Frage und betont dagegen gerade die Affinität dieser „deference“-Attitüde zu latent faschistoiden Einstellungen und Verhaltensweisen aufgrund veränderter politischer Umweltbedingungen: „If deference ever existed amongst the British working-class, the growth of coloured immigration, Britain's declining economic performance, and persisting unemployment and inflation have changed social and political attitudes.“²⁸⁾

Es muß untersucht werden, ob *Lipsets* und *Adornos* in der Sozialpsychologie höchst umstrittenes Theorem der „autoritären Arbeiterpersönlichkeit“ tauglicher als das „deference“-Theorem ist, um die in lokalen und nationalen Samples nachgewiesene Anfälligkeit von Arbeitern — also nicht nur bedrohter Mittelschichten und „Kleinbürger“ — für rassistische und faschistische Parolen der NF oder des *Powellismus* zu erklären.

2. „Immigration“ als Treibsatz für Rassismus

Für rechtsradikale Krisengewinnler ergab sich mit der Verschärfung der „britischen Krise“ die Chance, ein explosives Gemisch aus objektiven Krisenfaktoren (Arbeitslosigkeit, Inflation, realem Verlust von Kaufkraft und Lebensqualität) und subjektiven Krisendeutungen politisch auszuschlachten, das durch die „Rassenfrage“, d. h. die Immigration aus dem farbigen New Commonwealth, verdichtet wurde. Allein von 1955 bis 1957 waren 132 000 far-

bige Immigranten ins Land gekommen bzw. von der Industrie und der staatlichen Arbeitsverwaltung gerufen worden, die sich in wenigen Großstädten und Industriebezirken konzentrierten. 1958 kam es in Nottingham und im Londoner Stadtteil Notting Hill zu den ersten Rassenkrawallen, provoziert von rechtsextremistischen Organisationen. *Mosley* versuchte, die Abwehrhaltung der Einwohner in den von Immigranten „bedrohten“ Vorortslums zu einem letzten politischen Comeback zu nutzen²⁹⁾. Vorläufer der NF entdeckten „Immigration“ als agitatorischen Aufhänger für ihr buntes Bündel von faschistischen Dauerthemen (vgl. Kap. III.1). Untersuchungen zeigten ein widersprüchliches Bild von der Bedeutung und Perzeption der „Rassenfrage“ außerhalb der Städte und Distrikte mit hohen und wachsenden Anteilen farbiger Bevölkerung. Einerseits waren schon 1963, als Immigration noch kein politisches Thema war, 84 Prozent der Befragten der Meinung, daß schon zu viele Immigranten im Land seien, andererseits gaben 1970, als sie zu einem Thema geworden war, nur 8 Prozent der Rassenfrage höchste politische Priorität³⁰⁾.

Inzwischen war „Immigration“ zu einem „issue of high potential“ (*Butler/Stokes*) geworden, das nicht nur den hoffnungslos im politischen Abseits stehenden rechtsextremistischen Organisationen agitatorischen Zündstoff lieferte, sondern auch Randfiguren der Tories dazu verführte, wahltaktisches Kapital aus diesem Potential zu schlagen. Der Wahlsieg des offen rassistisch agitierenden konservativen Kandidaten *Peter Griffith* gegen den *Labour*-Außenminister *Gordon Walker* im bisher sicheren *Labour*-Wahlkreis *Smethwick* (1964) hatte zwar noch wie ein Schock gewirkt³¹⁾, dennoch keine abschreckende Wirkung. Vier Jahre später (am 20. April 1968) hielt *Enoch Powell* seine berühmt-berüchtigte „River of Blood“-Rede in Birmingham, die ihn zwar den Platz im Schattenkabinett kostete, ihn aber schlagartig zum populärsten Oppositionspolitiker machte. Die von ihm adressierten englischen „strangers in their own country“ hörten und beklatschten die Botschaft, die sie dann später in immer neuen Variationen von der NF zu hören bekamen: „They found their wives unable to find hospital beds in childbirth, their children unable to obtain school places, their ho-

²⁶⁾ E. Shils, a. a. O., S. 48 f.

²⁷⁾ Vgl. die Kritik von D. Kavanagh, *The Deferential English: A Comparative Critique*, in: *Government and Opposition*, Bd. 6 (1971), S. 333—360; Bob Jessop, *Traditionalism, Conservatism and British Political Culture*, London 1974, Kap. 2.

²⁸⁾ R. King, a. a. O., S. 214.

²⁹⁾ Vgl. Martin Walker, *The National Front*, Fontana 1977, S. 31 ff.

³⁰⁾ Vgl. *Butler/Stokes*, a. a. O., S. 303 ff. N. Nugent, *The Political Parties of the Extreme Right*, in: *Nugent/King*, S. 181.

³¹⁾ Vgl. Paul Foot, *Immigration and Race in British Politics*, Harmondsworth 1965.

mes and neighbourhoods changed beyond recognition, their plans and prospects for the future defeated.³²⁾

Nach dieser Rede, die die Immigrationsfrage in den Mittelpunkt der Innenpolitik rückte und einen peinlichen politischen Opportunismus in Gang setzte, bezeichneten 25 Prozent der britischen Bevölkerung aller Klassen (wenn auch stärker in unteren Klassen mit niedrigem Bildungsniveau) und aller Parteigänger (z. B. ein Fünftel der *Labour*-Anhänger und 23 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder) *Powell* als den einzigen Politiker, den sie bewundern, nachdem er bisher der breiteren Bevölkerung nahezu unbekannt war³³⁾. Nach einer *Gallup*-Umfrage wollten im Oktober 1969 immerhin 36 Prozent der Briten ihn als Premierminister haben, während die anderen Parteiführer weit abfielen. Die bis heute anhaltende Attraktivität des *Powellismus* beruht nicht auf den eigenwilligen Ideen oder der militanten Gegnerschaft des Tory-Dissidenten zur EG, der 1974 sogar zur Wahl für die EG-feindlichere *Labour Party* aufgerufen hatte und sich einen Wahlkreis in Nordirland suchte, um von dort für die bedrohte Einheit des Vereinigten Königreiches zu kämpfen, sondern auf seiner eingängigen Botschaft zur Rassenfrage³⁴⁾, die in der Forderung nach Repatri-

ierung der bereits in Großbritannien ansässigen farbigen Staatsbürger gipfelte.

Powell gab der Konservativen Partei ein immigrationspolitisches Image, das zwar nicht der Politik der Parteiführung entsprach, aber ihr 1970 zum unerwarteten Wahlsieg verhalf. Diesem Image, dem dann sowohl die konservative wie die *Labour*-Regierung durch Verschärfung der Einwanderungskontrollen Rechnung zu tragen versuchte, wurden in der Wahl von 1970 sogar 6,7 Prozent der für die Konservativen abgegebenen Stimmen zugeschrieben³⁵⁾.

Durch die Zunahme der Zahl der „Immigranten“ von knapp 1 Million (1966) auf 1,8 Millionen (1977) oder von 1,8 Prozent auf 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, bestehend aus durchschnittlich 45—50 000 jährlichen Geburten im Land (deshalb „Immigranten“ in Anführungsstrichen!) und etwa ebenso vielen Netto-Einwanderern³⁶⁾, dramatisiert durch die Aufnahme der aus Uganda (1972) und Malawi (1976) ausgewiesenen Asiaten, erhielt die NF um so mehr propagandistische Munition, je mehr sich die beiden großen Parteien nach 1970 um eine Verbesserung der Rassenbeziehungen bemühten: „the NF is able to play the ‚racist card‘ in an already prepared arena in which blacks are already nationally defined as ‚a problem‘, if not ‚the problem‘“³⁷⁾.

II. Abgrenzungsprobleme auf der politischen Rechten

In einem neueren Sammelband über die „britische Rechte“³⁸⁾ finden sich die Tories, *Mosley*, *Powell* und die NF vereinigt. Obwohl in Großbritannien „rechts“ kein Schimpfwort ist, ergeben sich aus dieser politischen Koordinate delicate Abgrenzungsprobleme. Die NF steht hier zwar im Mittelpunkt, aber die Frage nach

den Gründen, Ursprüngen und Chancen des Rechtsextremismus kann sich nicht auf die Analyse der Sozialstruktur und Sozialpsychologie ihrer Mitglieder und Wähler beschränken. Das Spektrum muß weiter gefaßt werden: von anderen rechtsradikalen Splittergruppen mit jeweils nur einigen Hundert Mitgliedern über die paramilitärischen Organisationen des *General Walker* und *Colonel David Stirling*, die die Nation vor der Zerstörung durch die Gewerkschaften retten wollen und erstmals Putschgerüchte aufkommen ließen³⁹⁾, bis an die ultra-konservativen Ränder der Konservativen Partei, die sich in der *National Association for Freedom* oder im sehr einflußreichen *Monday Club*⁴⁰⁾ organisierten. Dieser Club, „a

³²⁾ Enoch Powell, *Still to Decide*, Kingswood 1972, Kap. 10, enthält noch mehrere Reden dieser Art.

³³⁾ Nach R. King/M. Wood, *The Support for Enoch Powell*, in: *British Political Sociology Yearbook*, Bd. 2: *The Politics of Race*, London 1975, S. 239—262.

³⁴⁾ Vgl. D. T. Studlar, *British Public Opinion, Colour Issues, and Enoch Powell. A Longitudinal Analysis*, in: *The British Journal of Political Science*, Bd. 4 (1974), S. 379; Ken Phillips, *The Nature of Powellism*, in: Nugent/King, a. a. O., S. 123.

³⁵⁾ So D. T. Studlar, *Policy Voting in Britain: The Colored Immigration Issue in the 1964, 1966, and 1970 General Elections*, in: *The American Political Science Review*, Bd. 72 (1978), S. 46—64; ähnlich auch R. W. Johnson/D. Schoen, *The Powell Effect: or How One Man Can Win*, in: *New Society*, Heft 37/1976, S. 168—172; wesentlich vorsichtiger dagegen N. Deakin/J. Bourne, *Powell, the Minorities, and the 1970 Election*, in: *Political Quarterly*, Bd. 41 (1970), S. 399—415; sowie D. Butler/M. Pinto-Duschinsky, *The British General Election of 1970*, London 1970, S. 405 ff.

³⁶⁾ Zahlen nach Central Statistical Office: *Social Trends*, No. 9/1979, Tabelle 3.15.

³⁷⁾ R. Miles/A. Phizacklea, *Some Introductory Observations on Race and Politics in Britain*, in: dies., *Racism and Political Action in Britain*, London 1979, S. 11.

³⁸⁾ Vgl. Nugent/King, *The British Right*, a. a. O.

³⁹⁾ Vgl. M. Walker, a. a. O., S. 211 ff.; R. Clutterbuck, a. a. O., S. 128.

⁴⁰⁾ Vgl. P. Seyd, *Factionalism within the Conservative Party: the Monday Club*, in: *Government and Opposition*, Bd. 7 (1972), S. 464—487.

halfway house between the Tories and the NF⁴¹⁾, wurde zum Sammelbecken der Tory-Rechten, agitiert rassistisch nach innen (indem er *Powells* Immigrationspolitik propagiert) und außen (indem er die Fahne des weißen Südafrika und Rhodesien hochhält), rabiat antigewerkschaftlich und antiliberal in der Rechtspolitik.

Während der *Monday Club*, zu dessen Stargästen regelmäßig *Powell* zählt, mehr innerparteilich wirkt, erreicht der nicht-organisierte *Powellismus* die Massen. Für *Tom Nairn* stellt nicht der abgeschmackte Faschismus der NF, sondern *Powells* pathetischer Nationalismus und trivialer Rassismus eine Gefahr für die Demokratie dar⁴²⁾. Während *Lipset* noch davon ausging⁴³⁾, daß die britischen Eliten zur Sicherung ihres Führungsanspruchs nicht auf populistische Massenverführung angewiesen seien, sieht *Nairn* im *Powellismus* den Versuch der „Neuen Rechten“, durch Populismus die in der Krise verlorengegangene Kontrolle über die Massen wiederherzustellen.

Weder *Powell*, den *Tony Benn* im Wahlkampf von 1970 mit *Hitler* verglich, noch die im *Monday Club* versammelte Tory-Rechte können als faschistisch denunziert werden, obgleich sich nicht nur in der Immigrationspolitik verräterische Gemeinsamkeiten mit der NF nachweisen lassen⁴⁴⁾. Andererseits schützt auch das Bekenntnis zum parlamentarischen System, das auch NF-Sprechern leicht über die Lippen geht, nicht vor dem Abgleiten in politische Positionen, die außerhalb der guten Sitten parlamentarischer Demokratie liegen. Wenn ein Autor Faschismus durch eine programmatische Kombination von Nationalismus/Rassismus, Antikommunismus, Etatismus und Kapitalismus sowie der antidemokratischen Art und Weise, wie diese Ideologie durchgesetzt werden soll, bestimmen wollte⁴⁵⁾, dann könnte er *Powell* und die *Powelliten* im *Monday Club* allenfalls durch das Festhalten an parlamentarischen Prozeduren exkulpierten.

Nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts bestimmt sich Extremismus durch den Versuch, die Verfahrensregeln der staatlichen Gemeinschaft zu ihrer Beseitigung und sozialer Neuformierung mißbrauchen zu wollen⁴⁶⁾.

Dies will *Powell* nicht. Wenn sich aber nach *Manfred Funke* der Rechtsextremist durch einen „offensiven Werte- und Strukturkonservatismus aus Autoritätsgläubigkeit, Tradition, Bodenständigkeit, völkischem Denken“ auszeichnet⁴⁷⁾, dann sind auch *Powell* und die *Powelliten* Rechtsextremisten. Ihr irrationales Gemisch aus Rassismus, Nationalismus, law and order-Etatismus und antigewerkschaftlichem Wirtschaftsliberalismus⁴⁸⁾, ihre Mobilisierung der Vorurteile des „kleinen Mannes“, die viel mit dem rassistischen Populismus eines *George Wallace* gemein hat⁴⁹⁾, nähren den Boden- und Treibsatz für Faschismus. Sie wollen zwar keine Massenmobilisierung zur Veränderung des Systems, mobilisieren aber Ressentiments in den Massen, um strukturellen und normativen Veränderungen entgegenzuwirken, und sind deshalb reaktionär.

Powells mit korporatistischen Komponenten angereichertes Konzept des Wirtschaftsliberalismus appelliert vor allem an die von nationalen und internationalen Monopolen bedrohten Kleinunternehmer, aber auch in widersprüchlicher Weise an die Arbeiter: „The dimension of corporate philanthropy can likewise be seen as an appeal to the middle-class with its championship of independent welfare provision, and to the working-class with its support for state action to ensure a tolerable standard of living for all, and the dimension of nationalism can be seen as an appeal to both classes to unite for the higher interests of the nation itself.“⁵⁰⁾ Schließlich verbindet sich *Powells* agitatorisches Strickmuster der „great simplicities“ in unheilvoller Weise mit der Regieanweisung des NF-Vorsitzenden *Tyndall*, an „the hidden forces of human soul“ zu appellieren.

Rassismus ist nicht identisch mit Faschismus, aber ein Ingredienz und Vehikel faschistischer Massenpropaganda. Der *Powellismus* verbreitert das Potential einer rassistisch-faschistischen Partei, obgleich er es zugleich in das bestehende Parteiensystem einbindet. Diese Integration ist aber nicht ohne rechtslastige Verschiebungen des Gesamtsystems möglich. Deshalb sieht *Tom Nairn* in der durch *Powell* personifizierten „Neuen Rechten“ eine das Parteienspektrum nach rechts bewegende Schubkraft. Die Entwicklung der Konservati-

⁴¹⁾ So M. Walker, a. a. O., S. 119.

⁴²⁾ Tom Nairn, Enoch Powell: The New Right, in: New Left Review, Heft 61 (1971), S. 3—27.

⁴³⁾ S. M. Lipset, The First New Nation, London 1963, S. 297.

⁴⁴⁾ Vgl. M. Walker, a. a. O., Kap. 5.

⁴⁵⁾ M. Billig, a. a. O., S. 6 f.

⁴⁶⁾ Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 39 (1975), S. 334 ff.

⁴⁷⁾ M. Funke, Extremismus und offene Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/78, S. 11.

⁴⁸⁾ Vgl. K. Phillips, a. a. O.; P. Foot, The Rise of Enoch Powell, London 1969.

⁴⁹⁾ Vgl. R. Bennett/R. King/N. Nugent, Introduction: the Concept of the Right, in: Nugent/King, a. a. O., S. 6 f.

⁵⁰⁾ K. Phillips, a. a. O., S. 123.

ven Partei von *Heath* zu *Thatcher* bestätigt seine Prognose von 1971⁵¹⁾.

Die NF wurde hier schon mehrfach als faschistische Organisation etikettiert; aber auch diese Qualifizierung bedarf noch einer genaueren Begründung. Zu erfragen ist auch, wie weit die zunächst verblüffende ideologische und taktische Ähnlichkeit der in der deutschen Rezession von 1966/67 aufblühenden NPD zu der mit der „britischen Krise“ ge-

deihenden NF reicht; ob in der Stimmabgabe für die NF nicht rassistische oder faschistische Einstellungen, sondern lediglich ein diffuser Protest zum Ausdruck kommen, den die etablierten Oppositionsparteien als integrale Teile des Establishments nicht zu binden vermochten; ob also die NF ebenso wie die schottischen und walisischen Nationalisten mehr vom Überdruß an den Großparteien profitieren denn aus einem gewachsenen Reservoir des Rechtsextremismus schöpfen konnte.

III. Vor- und Entstehungsgeschichte der NF

Die Entstehungsgeschichte der NF spielt sich in einer politischen Randszene ab, die durch eine schnelle Abfolge von Gründungen, Spaltungen, Fusionen und Namenwechsel von Organisationen, erbitterten Fraktions- und Führungskämpfen zwischen einigen wenigen Figuren mit „Führer“-Ambitionen geprägt ist, propagandistisch begleitet von einer Kampfpressen (*Candour*, *Combat*, *Spearhead*, *Britain First* und *Beacon*), die in der Aggressivität die „Deutsche Nationalzeitung“ oder die „Deutschen Nachrichten“ der NPD überbietet und in der Qualität sogar noch unterbietet. *Tyndall*, eine der ambitioniertesten und umstrittensten Figuren dieses rechtsextremistischen Dschungels und Halbdunkels, beschrieb selbst sein Umfeld als „an incohesive mass of jealously squabbling tin-pot Caesars, more concerned with the pursuance of private vendettas than with the aim of ultimate national salvation“⁵²⁾. Allerdings zeigte kein anderer seiner Gesinnungsgenossen und Konkurrenten solch cäsaristische Neigungen und befand sich so oft in einem intriganten Kleinkrieg wie er selbst. Die wiederholten Versuche, das kleine Reservoir von allenfalls einigen Tausend Aktivisten zu sammeln (z. B. in der *Racial Preservation Society* mit einem für alle Gruppen akzeptablen Programmpunkt), konnten diese persönlichen Rivalitäten nicht überwinden. Jenseits der kurzlebigen Zwischenspiele unter verschiedenem Namen kann jedoch eine erstaunliche personelle und ideologische Kontinuität zwischen *Mosleys* BUF und Nachkriegskreation *Union Movement* und der 1967 gegründeten NF festgestellt werden.

Die NF entstand durch einen Zusammenschluß mehrerer Gruppen, deren bedeutendste die *League of Empire Loyalists* (LEL) mit etwa 300 Mitgliedern, die *British National*

Party (BNP) mit etwa 1 000 Mitgliedern, die *Racial Preservation Society* und das *Greater Britain Movement* (GBM) mit je knapp 150 Mitgliedern waren. Katalysator für diese Sammlung zerstrittener Gruppen war das Wahlergebnis von 1966, in der die rassistische Karte noch nicht national gegen die *Labour Party* gestochen und das Ergebnis von *Smethwick* sich nicht wiederholt hatte. Der *Guardian*-Journalist *Martin Walker*, wohl der intimste Kenner der rechten Szene, beschreibt detailliert das teilweise groteske Feilschen der einzelnen „Führer“ um Einflußpositionen in der neuen Sammlungsbewegung⁵³⁾.

Die LEL war 1954 von dem früheren BUF-Aktivist *A. K. Chesterton* gegründet worden; sie fand mit ihrem militanten Antisemitismus, Antikommunismus und Imperialismus, die propagandistisch geschickt die Bedrohung des Empire mit der Bedrohung durch den Kommunismus verbanden, in der Agonie des Empire auch an den rechten Rändern der Tory-Imperialisten einige Resonanz⁵⁴⁾; sie wurde mit ihrer grotesken Verschwörungstheorie, die Juden, Immigranten, Kommunisten und das internationale Finanzkapital in einer großen antiarischen und antibritischen Verschwörung bündelte, zur ideologischen Schule der jüngeren Generation der Neofaschisten (vgl. Kap. III.1).

Die BNP war 1960 aus der Verschmelzung von *Colin Jordans White Defence League* und der vom heutigen NF-Vize *A. Fountaine* geführten *National Labour Party* (die sich wiederum aus der Bankrottmasse der LEL rekrutierte) hervorgegangen, die sich beide als Organisatoren und Scharfmacher der ersten Rassenkrawalle in den Londoner Vororten hervorgetan hatten und einen *Racial-Nationalist Folk State* unter Ausschluß von Juden und Farbigen propagierten⁵⁵⁾. Der spätere BNP-Vorsitzende *John*

⁵¹⁾ Vgl. M. Wilson/K. Phillips, *The Conservative Party: from Macmillan to Thatcher*, in: Nugent/King, a. a. O., Kap. 3; Ian Gilmour, *Inside Right. A Study of Conservatism*, London 1977.

⁵²⁾ In *Spearhead* vom Juli 1966.

⁵³⁾ M. Walker, a. a. O., S. 55 ff.

⁵⁴⁾ Ebenda, S. 28 ff.

⁵⁵⁾ Vgl. N. Nugent, *The Political Parties of the Extreme Right*, a. a. O., S. 167.

Bean, der seine Organisation als größte Fraktion in die NF einbrachte, machte die Rassenfrage zur zentralen Agitationsformel des Rechtsextremismus. Sein Kampfblatt *Combat* schlachtete mit primitiver Brutalität die Vorurteile gegen die „Immigranten“ aus.

Aus dieser Gruppierung spaltete sich 1962 der heutige NF-Vorsitzende *John Tyndall* ab und gründete zusammen mit *Colin Jordan* das *National Socialist Movement* (mit bewußter Anlehnung an das deutsche Vorbild), aber schon zwei Jahre später — nach einem Streit mit *Jordan* und nun zusammen mit dem späteren NF-Organisator *Martin Webster* — das *Greater Britain Movement* (GBM). Zwei ausgewählte Passagen aus dem Parteiprogramm des GBM illustrieren, wes Geistes Kinder die heutigen NF-Führer sind:

„We aim for an authoritarian system of government in Britain, based on personal as opposed to the democratic principle of rule by conflicting committees and factions. . . . We hold it to be the Jewish influence, in politics and commerce, in morals and culture, that is perhaps more than any other single factor responsible for the organised filth and corruption that has infected the body of our society. The removal of the Jews from Britain must be a cardinal aim of the new order . . .

For the protection of British blood, racial laws will be enacted forbidding marriage between Britons and non-Aryans. Medical measures will be taken to prevent procreation on the part of all those who have hereditary defects, either racial, mental or physical.“⁵⁶⁾

In diesen Passagen ist die ganze Ungeheuerlichkeit des nationalsozialistischen Antisemitismus, Rassismus und Führerprinzips gebündelt. *Tyndall*, der häufiger Gast bei den westdeutschen Neo-Nazis war, verehrt nicht nur Hitler, sondern konnte unter dem Schutz der Liberalität der politischen Justiz Großbritanniens solche Gedankengänge auch ungetarnter und unverblümt als z. B. die NPD in der Bundesrepublik verbreiten. Nachdem sich die ehemaligen GBM-Exponenten *Tyndall* und *Webster* auch in der NF-Führung durchsetzen konnten (zumindest bis zu der im Sommer 1979 schwelenden Neuauflage einer Führungskrise), kommt solchen Positionen bei allen opportunistischen Anpassungen an die Aufnahmebereitschaft von Mitgliedern und Wählern auch Bedeutung für die ideologische Standortbestimmung der NF zu.

⁵⁶⁾ Aus dem Official Programme of the Greater Britain Movement, zitiert bei N. Nugent, a. a. O., S. 168; M. Walker, a. a. O., S. 70 f., zitiert eine Schrift *Tyndalls* von 1961 („The Authoritarian State“), in der dieser den angestrebten „autoritären Staat“ ausmalt.

Die aus verschiedenen Organisationen stammenden Gründungsväter der NF konnten sich leicht auf gemeinsame Agitationsthemen verständigen. Streit entstand allerdings auch weiterhin über konkurrierende Führungsansprüche, denen allenfalls ideologische Rechtfertigungen nachgeschoben wurden. Nach einigen Diadochenkämpfen mit geschmacklosen persönlichen Verunglimpfungen, gegenseitigen Parteiausschlüssen und den demonstrativen Parteiaustritten der beiden ersten Parteivorsitzenden (*Chesterton* und *John O'Brien*) aus Protest gegen die Machenschaften der Clique um *Tyndall*, spaltete sich Ende 1975 auch der dritte Vorsitzende *Kingsley Read* ab und gründete die *National Party* (NP). Diese Spaltung der rechtsradikalen Sammlungsbewegung lähmte vorübergehend die NF-Aktivitäten, bis sie sich durch die Wahlerfolge von 1976/77 wieder als eindeutig stärkste Kraft der extremen Rechten stabilisieren konnte⁵⁷⁾. Die „Populisten“ in der NP (so die Sprachregelung der NF-Kampagne gegen die Dissidenten) versuchten, sich durch den Anspruch zu profilieren, eine härtere Linie gegen die Immigration zu verfolgen und zugleich „demokratischer“ als die NF zu sein; ihre Organisation verkümmerte aber langsam, so daß sie hier vernachlässigt werden kann. Der Kampf um Gefolgschaft hatte dazu geführt, daß sich beide Gruppen durch Radikalität zu überbieten versuchten, obwohl beiden programmatisch nichts Neues oder Trennendes einfiel⁵⁸⁾.

1. Ideologie, Programmatik und Taktik der NF

Die Analytiker der NF-Ideologie erkannten eine propagandistische Doppelstrategie: eine außengerichtete, von den *National Front News* verbreitete und an Mitglieder und Wähler gerichtete Propaganda der „great simplicities“, die sich auf die Rassenfrage konzentriert, und eine innengerichtete, von *Tyndalls* Monatszeitschrift *Spearhead* elaborierte und auf die Selbstverständigung der inneren Zirkel abzielende Indoktrination, die sich im verworrenen Kreise der Verschwörungstheorie dreht.

Die NF agiert in der Öffentlichkeit als militant nationalistische und rassistische Opposition gegen die Immigration aus dem farbigen New Commonwealth. „Britain First“ ist die eingängige Parole. In den „Immigranten“ fand sie die

⁵⁷⁾ M. Walker, a. a. O., Kap. 7, liefert einen detaillierten Bericht über Vorgeschichte und Verlauf der Spaltung.

⁵⁸⁾ M. Billig, a. a. O., Appendix, konnte durch eine Inhaltsanalyse von *Spearhead* (für die NF) und *Britain First* (für die NP) nur geringe ideologische Unterschiede feststellen.

Sündenböcke, die die Juden um die Jahrhundertwende für die *British Brothers League* und dann wieder für *Mosleys* BUF in den dreißiger Jahren darstellten⁵⁹). Nun werden sie für alle möglichen Probleme und Übel der „weißen Rasse“ verantwortlich gemacht: für Arbeitslosigkeit, Mangel an billigem Wohnraum in den kommunalen Council Houses, die Verslumung der Vorstädte und Verbreitung von Krankheiten, Ratten und Verbrechen. „Mugging“ (d. h. Straßenraub) wurde durch Kampagnen zum „schwarzen Verbrechen“ an „weißen Opfern“ stilisiert. Unbestreitbare Sachverhalte wie die überproportionale Beteiligung farbiger Jugendlicher an der Jugendkriminalität, die Verslumung von Wohnvierteln oder die Qualitätsminderung von Schulen werden nicht auf erklärliche Ursachen zurückgeführt, sondern als „Rassenproblem“ verkürzt und verzerrt. Die NF spricht geschickt die Vorurteile und Ängste des „kleinen Mannes“ an, dessen Reihenhaus durch farbige Nachbarn an Wert zu verlieren droht.

Die „Immigranten“ werden als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt (obwohl sie Arbeiten und Wohnungen annehmen, die Briten nicht mehr akzeptieren) und als Parasiten des britischen Wohlfahrtsstaates verteufelt, denen die „race relations industry“ sogar Vorrechte gegenüber den zu Bürgern zweiter Klasse degradierten Einheimischen einräume. Diese bössartige Polemik verdreht nicht nur gröblich Tatbestände⁶⁰), sondern heizt auch unverhohlen den „Rassenkrieg“ (nach eigener Diktion) an. Schließlich werden die „Negroes“ und „Pakkis“ nicht nur als unbewußte Agenten des Zionismus in den skurrilen Okkultismus der Verschwörungstheorie eingebaut⁶¹), sondern vulgärdarwinistisch und in kaum verhüllter Anlehnung an die nationalsozialistische Rassenlehre als minderwertige Rasse dargestellt, die den Bestand der überlegenen weißen Rasse gefährde⁶²).

Im Gebrauch von Sündenböcken reagiert sich nach sozialpsychologischer Deutung die diffuse Frustration am faßbaren Objekt ab: der farbige „Immigrant“ aus dem verlorenen Kolonialreich, das heute den Niedergang Großbri-

tanniens symbolisiert, wird zum sicht- und greifbaren Symbol der eigenen und nationalen Misere. Die von der NF propagierte Therapie zur „Rassenfrage“ radikalisiert *Powells* Repatriierungsforderung, indem sie es nicht bei der Freiwilligkeit belassen will und als abschreckende Zwischenlösung Apartheid in Wohnvierteln, Schulen ect. fordert (auf „nicht-offiziellen“ Flugblättern auch die Kastration).

Die schon mehrfach erwähnte Verschwörungstheorie liefert die umfassende und alle Bewegungen und Ereignisse der Weltgeschichte erklärende Weltformel: der Verschwörer ist der weltweit operierende und auf Weltherrschaft erpichte Zionismus. Er wird als Drahtzieher hinter dem internationalen Finanzkapital, den internationalen Organisationen (von der EG über den IMF bis zur UNO), den Linken in Gewerkschaften, Labour Party und Universitäten, hinter der IRA und selbst hinter der Bedrohung durch den internationalen Kommunismus vermutet, der hier als Komplize und Agent des Zionismus erscheint. So abstrus und skurril diese Weltformel ist, so gehört sie doch — wie *M. Billig* in Tiefeninterviews von NF-Aktivistinnen herausgefunden hat⁶³) — zum Kernbestand der NF-Ideologie und zur politischen Glaubenslehre ihres Mitgliederstamms. Der Zionismus, geflissentlich dem Begriff des Judentums übergestülpt, um dem Vorwurf des Antisemitismus und dem Vergleich mit der BUF zu entgehen⁶⁴), bildet den unsichtbaren Sündenbock im Hintergrund, der durch die „Immigranten“ sichtbar gemacht wird: „The conspiratorial element of the Front's scapegoating thus provides not only a simple and understandable explanation for both private and national ills, but it also may be used as a salve for nationalists who wish to continue believing in Britain's greatness but who need also to explain her decline.“⁶⁵)

Zwar steht die von der Verschwörungstheorie umrahmte Immigrationsfrage im Mittelpunkt der Agitation, weil sie den größten Zulauf verspricht, aber die NF bietet ein breiteres Schwerpunktprogramm an, wobei sie sich geschickt und opportunistisch aktuellen Stimmungen anpaßt und propagandistisch verheißungsvolle Nischen im Parteienspektrum sucht: Sie schloß sich als nationalistische Partei nicht nur der Anti-EG-Front an, sondern fordert auch den Austritt aus der NATO, UNO und anderen internationalen Organisationen (wo die „Farbigen“ dominieren), um die na-

⁵⁹) Vgl. Nugent/King, *Ethnic Minorities, Scapegoating and the Extreme Right*, a. a. O., S. 30 ff.; W. F. Mandel, *Anti-Semitism and the British Union of Fascists*, London 1968.

⁶⁰) Vgl. K. Jones/A. Smith, *The Economic Impact of Commonwealth Immigration*, Cambridge 1970, oder C. Jones, *Immigration and Social Policy in Britain*, London 1977.

⁶¹) Vgl. das NF-Pamphlet: *The Asian Invasion*, 1975; D. Edgar, *Racism, Fascism and the Politics of the National Front*, in: *Race and Class*, Bd. 19 (1977), S. 128.

⁶²) Vgl. beispielhaft *Spearhead* vom Februar 1976.

⁶³) *M. Billig*, a. a. O., Kap. 9.

⁶⁴) *Billig* zeigt auch, daß den einfachen Mitgliedern solch taktische Rabulistik nicht gelingt, um ihren tief verwurzelten Antisemitismus zu verbergen.

⁶⁵) *Nugent/King*, a. a. O., S. 39.

tionale Souveränität zurückzugewinnen; sie plädiert für Handelsprotektionismus und korporatistischen Staatsinterventionismus; sie will die Gelder für Entwicklungshilfe für die Slumsanierung verwenden und massiv konventionell und nuklear aufrüsten; sie verspricht, rigoros Moral (durch Verbot von Pornographie) und law and order wiederherzustellen sowie die „rote Bedrohung“ im Innern zu beenden; schließlich und beispielhaft für Spießerideologie, Taktik und Sprache: „Large sections of British youth, deprived of leadership, are drifting to drugs, dirt and the worship of weird alien jungle rhythms. The National Front aims to restore in youth the virtues of discipline, fitness, smartness and national pride.“⁶⁶⁾

In deutscher Übersetzung wäre dieses Programm kaum von dem der NPD unterscheidbar. Wie diese schlachtet die NF Krisensymptome der westlichen Gesellschaften, Veränderungen der Werte und Verhaltensmuster (bis hin zu Kleidung und Haartracht) und das ganze Reservoir der kleinbürgerlichen Spießergesinnung aus. Die meisten der politischen Programmpunkte der NF können wiederum auch in Erklärungen von Tory-Rechtsaußen entdeckt werden: sei es zur Immigration, zur Rüstungs- oder Rechtspolitik (mit der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe und Entliberalisierung von Strafrecht und Strafvollzug), zur Bildungs- oder Sozialpolitik⁶⁷⁾.

Um so mehr stellt sich die Frage, welche Elemente dieser Ideologie und dieses programmatischen Negativkatalogs als spezifisch faschistisch bestimmt werden können. Weder der militante Nationalismus noch der Rassismus oder Antisemitismus, so widerwärtig, abstrus und konfus sie für sich und in Kombination sein und wie nahe sie den Erscheinungsformen des klassischen Faschismus kommen mögen, reichen für eine eindeutige Zuordnung aus. Die Ansätze von außenwirtschaftlichem Protektionismus und staatswirtschaftlichem Korporatismus erinnern zwar an *Moseleys* Krisenrezepturen, wurden aber auch in den keineswegs vom Faschismusverdacht belegten neokorporatistischen Krisentherapien der kapitalistischen Staaten entdeckt⁶⁸⁾. Sicherlich: „To think of National Front members as Fascists in the classic sense of the 1930s is

⁶⁶⁾ In der *Spearhead*-Sondernummer zum 10. Gründungsjahr der NF vom März 1977; zum Wirtschaftsprogramm vgl. die Juni-Ausgabe von 1977; vgl. M. Walker, a. a. O., S. 204 ff.

⁶⁷⁾ Vgl. M. Walker, a. a. O., S. 16.

⁶⁸⁾ Vgl. F. Nuscheler, Regierung auf Vereinbarung der „neuen Stände“. Zur Korporatismusdiskussion in Großbritannien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/1979.

silly.“⁶⁹⁾ Aber auch das Neo-Epitheton im Neofaschismus bedarf einer inhaltlichen Begründung.

Faschismus ist eine Herrschaftsorganisation, gekennzeichnet durch die antipluralistische, soziale Harmonie erzwingende und Klassengegensätze verschleiernde Kontrolle und Reglementierung der Gesellschaft, das Führerprinzip und die Massenmobilisierung. Wenn *Stan Taylor* gerade diese Strukturkomponenten im ideologischen Paket der NF vermisst, läßt er sich von ihren taktischen Bekenntnissen zu Demokratie und Parlamentarismus täuschen, übersieht nicht nur *Tyndalls* früheres Plädoyer für den autoritären Führerstaat, sondern auch neuere Elaborate mit unmißverständlichen Zielangaben⁷⁰⁾. Unter der Überschrift „Away from Liberalism — towards leadership“ unterstellte er in seiner eigenen Hofpostille *Spearhead* dem Liberalismus, die Staatsautorität zu untergraben, in der Ökonomie pure Anarchie und in der Gesellschaft den Kampf aller gegen alle zu fördern sowie in der Außenpolitik die nationale und rassische Selbsterhaltung zu gefährden. Sein Credo, das fast alle Feigenblätter fallen läßt, lautet: „... we have to throw into reverse everything that liberal thought and institutions have done to a once mighty and proud nation and we have to do it soon ... We must undertake a revolution of ideas within the British people which will lead to the abandonment of liberal softness and to the recapture of *National Pride, Willpower, sense of Destiny* and awareness of *Race*. We must undertake a revolution, albeit a peaceful and constitutional one, in the British political system which restores responsible *Authority* and true *Leadership*.“⁷¹⁾ Eine Inhaltsanalyse von *Spearhead* rundet diesen Antiliberalismus mit allen bekannten Ingredienzen faschistischer Ideologie ab, wenn auch gelegentlich durch taktische Rücksichtnahmen verschleiert⁷²⁾.

Die Kombination von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Korporatismus und Antiliberalismus, verknüpft durch Verschwörungshalluzinationen, ergibt ein ideologisches Gemisch, das auch nach vorurteilsfreien Kriterien als faschistisch bestimmt werden kann. Wenn *Reinhard Kühnl*⁷³⁾ oder *Lutz Niethammer*⁷⁴⁾ keine theoretisch-begriffli-

⁶⁹⁾ M. Walker, a. a. O., S. 9.

⁷⁰⁾ Stan Taylor, *The National Front: Anatomy of a Political Movement*, in: Miles/Phizacklea, a. a. O., S. 128.

⁷¹⁾ *Spearhead* vom März 1977.

⁷²⁾ Vgl. M. Billig, a. a. O., Appendix.

⁷³⁾ R. Kühnl u. a., *Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei*, Berlin 1967.

⁷⁴⁾ L. Niethammer, *Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt/M. 1969.

chen Probleme haben. Ideologie und Verhalten der NPD entweder auf den Begriff des Neofaschismus oder des „angepaßten Faschismus“ zu bringen, kann die eher aggressivere und weniger angepaßte Ideologie und Agitation der NF kaum mit schonenderen Etiketten versehen werden.

2. Organisations- und Sozialstruktur der NF

Führungsorgan der NF ist das 20köpfige Direktorat, das jährlich den Vorsitzenden, Stellvertreter und den dreiköpfigen *Executive Council* wählt und selbst jährlich zu einem Drittel durch Wahl der Mitglieder erneuert wird. In diesem Führungsorgan spielen sich vor allem die Fraktionskämpfe ab; in ihm sitzt der kleine, aus den Anführern der verschiedenen Gründungsorganisationen gebildete *Caucus*, der nach den Worten des resignierenden Vorsitzenden *O'Brien* besessen ist von „the trappings and ideologies of foreign nationalisms from the past“, und nach seinem Vorgänger *Chesterton* „really evil men“ vereinigt⁷⁵). Die Vorsitzenden mit „Führer“-Ambitionen versuchten immer wieder, sich mehr Handlungsspielraum gegenüber dem Direktorat und *Executive Council* zu verschaffen; *Tyndall* wollte eine Statutenänderung durchsetzen, um durch die direkte Wahl des Vorsitzenden durch die Mitglieder, bei denen er mehr Sympathie für seinen nationalsozialistisch eingefärbten Radikalismus vermutete, das plebiszitäre Charisma des „Führers“ zu stärken.

Die NF muß sich offensichtlich weitgehend aus Beiträgen und Spenden der Mitglieder finanzieren. Auch der geradezu kriminalistischen Kleinarbeit von *Martin Walker* (einem Musterbeispiel des angelsächsischen *investigating journalism*) ist es nicht gelungen, Querverbindungen zu kapitalkräftigen Kreisen nachzuweisen. Die Behauptung von *Searchlight* (dem von antirassistischen Gruppen besorgten Informationsdienst), daß Industriekreise ihren Verzicht auf Kandidaturen in den für die Konservative Partei gefährdeten Wahlkreisen finanziell honorieren wollten⁷⁶), konnte nicht belegt werden.

Nicht nur die Aktivitäten, sondern auch die Organisation der NF sind auf vier Regionen mit überdurchschnittlich hohen Anteilen farbiger Bevölkerung konzentriert: Großlondon, Midlands, Leicestershire und Lancashire. 1974 lagen elf der insgesamt 30 Ortsverbände in

⁷⁵) Beide Aussagen nach *The Listener* von 28. 12. 1972.

⁷⁶) *Searchlight* vom Sept. 1977 und *Sunday Telegraph* vom 2. Okt. 1977.

London, fünf im übrigen Südosten, fünf in den Midlands und sieben im Nordwesten, während in Schottland, Wales und Nordirland nur vereinzelt Gruppen operierten⁷⁷). Die NF, anfänglich weitgehend auf Großlondon beschränkt, konnte ihre Organisationsbasis also in wenigen Jahren wesentlich verbreitern. Nach eigenen Angaben hatte sie 1977 etwa 13 000 Mitglieder. Die Schätzungen von Beobachtern, die vom Zeitpunkt und vom Begriff des Mitglieds abhängen, schwanken dagegen zwischen 2 000⁷⁸), 4 500—6 000⁷⁹) und 12 500⁸⁰). Auffallend ist die hohe Fluktuation: „The membership of the NF is rather like a bath with both taps running and the plughole empty. Members pour in and pour out.“⁸¹) Der breite Protest gegen die Aufnahme der Uganda-Asiaten im Jahre 1972 löste einen Zulauf aus, der sich jedoch ebenso schnell wieder verlief.

Es gibt inzwischen mehrere Untersuchungen über das Innenleben der NF, deren Wahlerfolge auch Soziologen und Politologen aktivierte. Die Studien über das Sozialprofil der Parteimitglieder weisen ziemlich übereinstimmend auf einen hohen Anteil von Arbeitern und Angehörigen der unteren Mittelklasse (kleinere Angestellte, Händler) hin, allerdings mit lokalen und regionalen Unterschieden. In den Londoner Stadtteilen Camden und Brent sowie in Worthing an der Südküste wurde eine Mehrheit von Selbständigen, in Lancashire (dessen veraltete Textilindustrie mit den Billigimporten aus asiatischen Commonwealth-Ländern nicht mehr konkurrieren kann und sich durch Einsatz billiger farbiger Arbeitskräfte zu retten versucht) dagegen eine Mehrheit von Arbeitern festgestellt, die etwa zur Hälfte Gewerkschaftsmitglieder waren und früher die *Labour Party* wählten⁸²). In mehreren Berichten wird auf den hohen Anteil von früheren *Labour*-Anhängern (von etwa 60 Prozent) unter den NF-Mitgliedern verwiesen⁸³).

Eine Untersuchung des Sozialprofils der NF-Kandidaten in den County Council-Wahlen in den West Midlands von 1976 fand heraus, daß die Mehrheit dieser lokalen Parteielite der unteren Mittelschicht entstammte, aber immerhin ein Drittel Arbeiter und ein Viertel Ge-

⁷⁷) Nach M. Walker, a. a. O., S. 149.

⁷⁸) Nach M. Walker im *Guardian* vom 3. Juni 1976, also nach der Abspaltung der NP.

⁷⁹) Nach Stan Taylor, a. a. O., S. 131, und N. Nugent, a. a. O., S. 175 f. (mit Analyse der Fluktuationen).

⁸⁰) Nach *Sunday Times* vom 4. Juli 1976.

⁸¹) M. Walker, a. a. O., S. 9.

⁸²) M. Hanna, *The National Front and Other Right Wing Organisations*, in: *New Community*, Bd. 3 (1974).

⁸³) Vgl. N. Nugent, a. a. O., S. 177.

werkschaftsmitglieder waren, so daß die NF mehr Arbeiter als Kandidaten aufstellte als die Kommunistische Partei⁸⁴). In dieser sozialen Rekrutierung der Kandidaten, die sich deutlich vom intellektuellen Profil der anderen Parteien abhob und sicherlich das prätextierte Image der NF als anti-intellektueller und anti-elitärer Partei das „kleinen Mannes“ fördert, zeigt sich auch ein bemerkenswerter Unterschied zur NPD: Während sich die NF etwa zur Hälfte aus Arbeitern rekrutiert, konnte die NPD kaum Arbeiter als Mitglieder oder gar als Kandidaten für Wahlen gewinnen⁸⁵). Studien über die NF-Kandidatenauslese zu den beiden Parlamentswahlen von 1974 entdeckten ein 50/50- bzw. 40/60-Verhältnis zwischen Handarbeitern und anderen Berufen, außerdem einen hohen Anteil von relativ jungen Kandidaten (26 Prozent unter 30 bzw. 60 Prozent unter 40 Jahren) mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsniveau⁸⁶).

Alle Beobachter heben das junge Alter der Mehrheit der NF-Aktivisten hervor, so daß das Klischee von den „Ewiggestrigen“, die — wie vielleicht die Veteranen aus der LEL — einer imperialen Vergangenheit nachtrauern, irreführt. Vielen „Frontliners“ scheint es allerdings mehr um die Befriedigung eines ungestillten Tatendrangs durch Demonstrationen und Aktionen denn um Politik im Sinne der Parteiführung zu gehen⁸⁷). Diese versucht geschickt, diesem Bedürfnis entgegenzukommen und der diffusen Frustration über Langeweile, Vermassung und Vereinsamung das Angebot einer verschworenen Gemeinschaft entgegenzustellen: „You're never alone with the Front“⁸⁸); sie begann, unter jugendlichen Fußballfans Mitglieder für die *Young National Front* zu werben, weil ihr Agitationsziel, sich in die Schlagzeilen der Massenmedien zu „klicken“, auch der Kraftmeierei und dem aggressiven Aktionismus von unpolitischen *Hooligans* entgegenkommt. Gleichzeitig achten die NF-Organisatoren zur öffentlichen Demonstration ihrer law and order-Tugendlehre auf Ordnung und Disziplin.

Vordergründig könnte aus der punktuell erschlossenen Sozialstruktur der NF-Mitglieder

ein Beleg sowohl für die „autoritäre Arbeiterpersönlichkeit“ wie für den „Extremismus der Mitte“ abgelesen werden. *Billig* hat in seinen Tiefeninterviews typische Persönlichkeitsmerkmale der NF-Mitglieder herausgefunden: sie sind autoritär und gewalttätig⁸⁹). Er selbst hütet sich jedoch davor, diese Typen als repräsentativ für die Mitgliedschaft zu verallgemeinern; abwegig wäre es, sie für die Wähler zu verallgemeinern.

3. Wahlsoziologie und Wahlpsychologie

Im Vergleich zum sozialempririschen Erkenntnisstand über das Potential der NPD ist das Wählerreservoir der NF noch wenig erforscht. Die vorliegenden Erkenntnisse lassen — überraschenderweise — keine eindeutige Korrelation zwischen dem Anteil der farbigen Bevölkerung in Wahlbezirken und dem Stimmenanteil der NF erkennen⁹⁰). Die Wahl- und Bevölkerungsstatistik zeigt, daß sie zwar in der Regel ihre besten Ergebnisse in den Wahlbezirken mit den höchsten Anteilen von „Immigranten“ erzielte⁹¹); andererseits kandidierte sie z. B. im Oktober 1974 in fünf der zehn Wahlkreise mit den höchsten Anteilen gar nicht und konnte nur in einem der übrigen fünf mehr als 4 Prozent der Stimmen gewinnen. Bei den Kommunalwahlen von 1977 zum *Greater London Council* (GLC) gewann sie in Wahlkreisen mit einem 0—10 Prozent-Anteil farbiger Bevölkerung durchschnittlich 5 Prozent der Stimmen, bei einem 10—15 Prozent-Anteil immerhin 7 Prozent, bei einem Anteil über 15 Prozent aber nur 6 Prozent⁹²). Aufschlußreich ist die klassenspezifische Aufschlüsselung dieser Relationen: Während die Mittelklasse (nach der angelsächsischen Klassentypologie) in Wahlkreisen mit mehr als 10 Prozent farbiger Bevölkerung nur mit 5 Prozent für die NF votierte (mit 4 Prozent in Wahlkreisen mit weniger als 10 Prozent Farbigem), stieg die NF-Präferenz unter Arbeitern von 6 auf 14 Prozent. Die Präsenz von farbigen Sündenböcken scheint also zwar eine Voraussetzung für das Agieren der NF zu sein, ist aber nicht die einzige Determinante ihrer Wahlchancen. Offensichtlich ist auch, daß sich

⁸⁴) Stan Taylor, *The National Front: Backlash or Boot Boys?*, in: *New Society*, 11. August 1977, S. 284.

⁸⁵) Vgl. R. Kühnl, a. a. O., S. 54.

⁸⁶) Vgl. M. J. Le Lohé, *The National Front at the General Elections of 1974*, in: *New Community*, Bd. 5 (1976), S. 292—301, bzw. D. E. Butler/D. Kavanagh, *The British General Election of October 1974*, London 1975, S. 216.

⁸⁷) Vgl. D. Scott, *The National Front in Local Politics*, in: *British Political Sociology Yearbook*, Bd. 2 (1975), S. 229.

⁸⁸) Vgl. M. Walker, a. a. O., S. 228.

⁸⁹) M. Billig, a. a. O., Kap. 7.

⁹⁰) Vgl. M. Harrop/G. Zimmerman, *The Anatomy of the National Front*, University of Essex, Ms. 1977; Stan Taylor, *The National Front*, a. a. O., S. 139 ff.; ders., *The Incidence of Coloured Populations and Support for the National Front*, in: *British Journal of Political Science*, Bd. 9 (1979), S. 250—255; M. Stead, in: D. Butler/D. Kavanagh, *The British General Election of February 1974*, London 1974, S. 336.

⁹¹) Vgl. Stan Taylor, *The National Front*, a. a. O., S. 140.

⁹²) Vgl. N. Nugent, a. a. O., S. 182.

die in den städtischen Peripherien lebenden weißen Arbeiter mehr von der Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt bedroht fühlen als die Mittelklasse.

Der direkte Zusammenhang zwischen dem Anteil farbiger Bevölkerung und dem Stimmenanteil der NF wurde auch durch die „Droh“-Hypothese modifiziert, die von der plausiblen Annahme ausgeht, daß weiße Wähler in Wohnbezirken, die sich von der Zuwanderung von farbigen „Immigranten“ und ihren tatsächlichen oder nur befürchteten Folgeerscheinungen (vom Wertverlust der Häuser bis „mugging“) bedroht fühlen, als aggressive Abwehrreaktion noch stärker NF wählen als Nachbarn in schon gemischten Wohnvierteln⁹³). Für diese Hypothese konnte nicht nur in den Bezirken, die 1972 und 1976 für die Ansiedlung der aus Afrika ausgewiesenen Asiaten vorgesehen wurden, eine wahlempirische Absicherung gefunden werden. Dennoch läßt die spärliche Empirie (und die Grenzänderung vieler Wahlbezirke) noch nicht den Schluß zu, daß das längere Neben- oder Miteinander der Rassen schon Vorurteile und damit die Neigung, NF zu wählen, abbaut⁹⁴).

Auch die genaue Analyse der Ergebnisse von Parlaments- und Kommunalwahlen gebietet Vorsicht, die Stimmabgabe für die NF einseitig und ausschließlich auf rassistische Reaktionen oder gar faschistische Optionen zurückzuführen. Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Wahlen von 1974 zeigt, daß ihr Stimmenanteil in den sieben Wahlkreisen, in denen die Liberale Partei zwar im Oktober, aber nicht im Februar kandidierte, durchschnittlich um 34 Prozent abfiel, während er in den übrigen 40 Wahlkreisen, in denen liberale und NF-Kandidaten beide Male konkurrierten, nur um 3 Prozent sank⁹⁵). In den Wahlen zum *Greater London Council* von 1977 konnte die NF in den Bezirken, in denen die Liberalen nicht kandidierten, 11,3 Prozent der Stimmen, in den anderen mit liberaler Konkurrenz aber nur 5,2 Prozent gewinnen⁹⁶).

Aus diesen Daten kann gefolgert werden, daß sich die beiden „Drittparteien“ das Protestpotential gegen die beiden Großparteien, beson-

ders gegen die jeweilige Regierungspartei, streitig machten; freilich wiederum mit einem klassenspezifischen Unterschied: unzufriedene Angehörige der Mittelklasse wählten eher die Liberalen, unzufriedene Arbeiter eher die NF⁹⁷). Die überdurchschnittlichen Stimmengewinne der NF in den sozialen Problemgebieten des Londoner Ostens und Nordostens mit übergroßen Labour-Mehrheiten bedeuten also nicht zwangsläufig Zustimmung zu ihrer Programmatik, sondern können zumindest teilweise als Protest gegen die Labour-Regierung, die ihre Politik des „Sozialkontrakts“ vor allem den Lohn- und Rentempfängern aufbürdete, gedeutet werden. Die spektakulären Ergebnisse der drei parlamentarischen Nachwahlen von 1977, in denen die durch den „Lib-Lab-Pakt“ mit der Labour-Minderheitsregierung paktierenden Liberalen (die in der Immigrationsfrage eine unpopuläre liberale Position vertreten) hinter die NF zurückfielen, fügen sich in diese Interpretation ein, zumal britische Nachwahlen in der Regel eine besondere Funktion als Protestwahlen haben. Die NF, die zusätzlich von der üblichen niedrigen Wahlbeteiligung profitieren konnte, erhielt in allen Nachwahlen mehr Stimmen als in den vorangegangenen oder folgenden allgemeinen Wahlen, in denen es um die Wahl einer Regierung ging⁹⁸).

Aus diesen Beobachtungen läßt sich folgendes Fazit ziehen: „The Front was a vehicle for at least two distinct types of discontent — immigrant backlash and social and economic malaise.“⁹⁹) In ihren bisher erfolgreichsten Jahren 1976/77 verbanden sich diese beiden Motive: zur schwersten Wirtschaftsmisere seit der Weltwirtschaftskrise gesellte sich die Hysterie über die Aufnahme der aus Malawi ausgewiesenen Asiaten.

Die These, daß die NF zumindest auch als Vehikel des Protests fungiert, wird durch die Ergebnisse der Parteien- und Verhaltensforschung unterstützt, die auf den Abbau dauerhafter Parteiloyalitäten und die affektive Erosion des Zweiparteiensystems vor allem unter Jungwählern hinweist¹⁰⁰). Die etablierten Parteien bilden für einen wachsenden Teil der

⁹³) Vgl. Ch. T. Husbands, The 'Threat' Hypothesis and Racist Voting in England and the United States, in: Miles/Phizacklea, a. a. O., S. 147—183; The Economist vom 20. April 1977.

⁹⁴) Stan Taylor argumentierte in seinem Kurzbericht von 1979 (Anm. 82) wesentlich vorsichtiger als in: The National Front, a. a. O., S. 141 ff.

⁹⁵) Vgl. C. T. Husbands, The National Front: a Response to Crisis?, in: New Society vom 15. März 1975, S. 404.

⁹⁶) Stan Taylor, The National Front: a Contemporary Evaluation, University of Warwick Occasional Papers, Nr. 16 (1978).

⁹⁷) Vgl. Harrop/Zimmerman, a. a. O., S. 2.

⁹⁸) Vgl. M. Steed, The National Front Vote, in: Parliamentary Affairs, Bd. 30 (1978), S. 284.

⁹⁹) C. T. Husbands, The National Front, a. a. O., S. 405.

¹⁰⁰) Vgl. Butler/Stokes, a. a. O.; D. Kavanagh, Party Politics in Question, a. a. O.; I. Crewe/B. Sarlvik/J. Alt, Partisan De-alignment in Britain 1964—74, in: British Journal of Political Science, Bd. 7 (1977), S. 129—190; P. Whiteley, The Decline of Partisan Allegiance in Britain and the National Front Vote, Referat auf dem Third PSA Workshop on Contemporary Politics, Sheffield 1978.

Wähler nicht mehr eine angestammte politische Heimat, sondern auswechselbare Vehikel für Interessen und Stimmungen. Auch in dieser Mobilität des Wählerverhaltens manifestiert sich ein Strukturwandel der politischen Kultur.

Die NF zieht zwar Wähler aus allen Schichten und Altersgruppen an, aber mehrheitlich junge (53 Prozent unter 35 Jahren) und überwiegend männliche Arbeiter (72 Prozent) mit schlechter Schulbildung und Ausbildung: „The ideal-typical National Front supporter... is young, ungifted and white“¹⁰¹). Überraschend ist das Untersuchungsergebnis in Großlondon und in den West Midlands: dort wählen mehr Facharbeiter als ungelernete Hilfsarbeiter, die mit der wachsenden Zahl von farbigen Schulabgängern konkurrieren, die NF. In den West Midlands stammen 85 Prozent der NF-Wähler aus der Arbeiterklasse, aber 54 Prozent gehören der Gruppe der Facharbeiter an¹⁰²).

Wie bei den Mitgliedern fällt auch bei den Wählern der hohe Anteil von jüngeren Altersgruppen auf. Eine Untersuchung in den beiden Londoner Eastend-Bezirken und Labour-Hochburgen Hackney und Shoreditch zeigte, daß 27 Prozent der 16 bis 20jährigen mit der NF sympathisieren und 15 Prozent sich ihr verpflichtet fühlen, vorwiegend aus Opposition gegen den hohen Anteil von „Immigranten“ in diesen beiden pauperisierten Stadtteilen¹⁰³). Eine andere Untersuchung in neun Londoner NF-Hochburgen ergab, daß sogar fast die Hälfte der weißen 18 bis 21jährigen aller Berufsgruppen, aber wiederum stärker unter ungelerten Arbeitern, sowie beträchtliche Teile älterer Jahrgänge mit der NF sympathisierten¹⁰⁴).

Der hohe Anteil von Arbeitern unter den NF-Wählern und der sozialempirische Nachweis, daß der Rassismus bei ungelerten Arbeitern (schon „working-class racism“ genannt) am stärksten ausgeprägt ist¹⁰⁵), könnten wieder dazu verführen, aus ihnen einen empirischen Beleg für die „autoritäre Arbeiterpersönlichkeit“ abzulesen. Obwohl der Zusammenhang zwischen Bildung und Toleranz oft nachgewiesen wurde und obwohl einleuchtet, daß sich nicht Villenbesitzer mit einem westindischen

Hausmädchen, sondern Arbeiter von der Konkurrenz auf dem knappen Arbeits- und Wohnungsmarkt bedroht fühlen können, vermögen die relativ wenigen Stimmen für die NF (sei es aus Gesinnung oder Protest) weder die „deference“-Hypothese zu widerlegen noch die „autoritäre Arbeiterpersönlichkeit“ zu belegen. Auch wenn der typische NF-Wähler dem autoritären und gewalttätigen Idealtyp des NF-Mitgliedes gleichen sollte, ist er nicht typisch für die Arbeiter oder kleinbürgerlichen Händler und Handwerker. Dies sind Banalitäten, denen allerdings sozialpsychologische Deutungen des Faschismus ebensowenig entgegen wie der kollektiven Stigmatisierung von Schichten und Berufsgruppen¹⁰⁶).

4. Potential und Barrieren

In einer Längsschnittanalyse des durch kurzfristige Spitzenwerte dramatisierten Potentials rechtsradikaler Parteien stellte sich heraus, daß ihr Stimmenanteil — wenn man vom überdurchschnittlichen Zuwachs im Nordosten Großlondons absieht — in den vergangenen 20 Jahren relativ konstant blieb¹⁰⁷). Diese Analyse schätzt das Stimmenpotential des Rechtsextremismus in England — weil es nur in diesem Teil des Vereinigten Königreiches eine relevante „Rassenfrage“ gibt — auf 3 Prozent in den Städten und 1,5 Prozent auf dem Land bzw. 4,5 Prozent bei Nachwahlen. Eine neuere Untersuchung kommt zum Ergebnis, daß 5 Prozent der Wahlberechtigten als potentielle NF-Wähler und weitere 10 Prozent als stille Sympathisanten gelten können¹⁰⁸). Die Anti-Positionen der NF finden breite Unterstützung: 78 Prozent der Gesamtbevölkerung plädieren für härtere Strafverfolgung, 80 Prozent für eine Bändigung der politischen Macht der Gewerkschaften, 53 Prozent für mehr Wirtschaftsnationalismus und 24 Prozent für die Zwangsrepatriierung der „Immigranten“¹⁰⁹).

Die eingangs angeführten strukturellen Gründe, die sich auch in den lokalen Abweichungen der NF-Stimmenanteile vom nationalen Durchschnitt ausdrücken, oder die Mißerfolge in den Kommunalwahlen von 1978 und in der Parlamentswahl von 1979 lassen noch keine politische Entwarnung vor der „Gefahr von rechts“ zu. Großbritannien hat nicht nur fast 2 Millionen farbige Mitbürger, deren Präsenz immer von einer rassistischen Partei oder ei-

¹⁰⁶) Die wichtige Studie von M. Billig, a. a. O., entgeht dieser Gefahr nicht.

¹⁰⁷) Vgl. M. Steed, a. a. O., S. 286.

¹⁰⁸) Vgl. Harrop/England/Husbands, a. a. O.

¹⁰⁹) Nach C. T. Husbands/J. England, The Hidden Support for Racism, a. a. O., S. 675.

¹⁰¹) Vgl. M. Harrop/G. Zimmerman, a. a. O., S. 2.

¹⁰²) Stuart Weir, Youngsters in the Front Line, in: New Society vom 27. April 1978, S. 189—193.

¹⁰³) Vgl. Stuart Weir, Youngsters in the Front Line, in: New Society vom 27. April 1978, S. 189—193, sowie A. Marsh, Who Hates the Blacks?, in: New Society vom 23. September 1976, S. 649—652.

¹⁰⁴) C. T. Husbands/J. England, The Hidden Support for Racism, in: New Statesman vom 11. Mai 1979.

¹⁰⁵) Vgl. A. Phizacklea/R. Miles, Working-Class Racist Beliefs in the Inner City, in: R. Miles/A. Phizacklea, a. a. O., Kap. 5.

nem Volkstribunen à la *Powell* ausgebeutet werden kann, sondern ein breites verstecktes Potential für den Rechtsextremismus. Die NF hat es allerdings schwer, dieses Potential für sich zu aktivieren. Nach den widersprüchlichen Ergebnissen von zwei Erhebungen miß-

trauen 64 Prozent (bzw. 78 Prozent) der Befragten ihren Nazi-Tendenzen; 56 Prozent (bzw. 76 Prozent) verdächtigen sie, eine Diktatur anzustreben¹¹⁰). Was die NF nicht schafft, könnte jedoch eine andere Gruppierung mit einer attraktiven Führungsfigur erreichen.

IV. Gegenreaktionen von Gesellschaft und Politik

Die britischen Regierungsparteien haben teils ähnlich, teils unterschiedlich auf diese Erosion ihres eigenen Stimmenpotentials reagiert — also mehr auf die Gefährdung ihrer Chance zur Macht denn ihrer moralischen Prinzipien. Beide versuchten zunächst, durch eine Verschärfung der Einwanderungskontrollen dem vor allem die *Labour Party* belastenden Vorwurf der NF entgegenzuwirken, daß sie — von Zionisten und „Rassemischern“ manipuliert — das Land der „farbigen Invasion“ öffnen. Während die innerparteilich vom *Powellismus* und *Monday Club* infizierte und in der „Rassenfrage“ ziemlich zerstrittene Konservative Partei unter Führung von *Mrs. Thatcher* begann, die rassistischen Ressentiments wahltaktisch auszubehuten¹¹¹), startete die *Labour Party* 1976 zusammen mit dem Gewerkschaftsverband (TUC) eine großangelegte Gegenkampagne. Sie wird zwar von der großen Mehrheit der „Immigranten“ (die in 61 Wahlkreisen immerhin 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen) gewählt, verlor aber gerade in ihren städtischen Hochburgen und unter ihrer traditionellen Klientel der Handarbeiter Stimmen an Tories und NF. Viele von ihr dominierte Stadtverwaltungen versagten der NF Versammlungslokale, und Polizeichefs untersagten, gewarnt durch Massenschlägereien anderorts, öffentliche Demonstrationen.

Der NF kommt allerdings die große Sensibilität von Verwaltung und Justiz gegenüber angestammten Bürgerrechten zugute. Wie sich die Regierung erst 1940 entscheiden konnte, die BUF zu verbieten, so verschaffen heute die Gerichte der NF immer wieder Möglichkeiten, sich öffentlich zu betätigen. Obwohl der *Race Relations Act* von 1976 jede Form der Rassenhetze oder Rassendiskriminierung unter Strafandrohung stellt, wurden die offenen Aufforderungen zum „Rassenkrieg“ in den rechtsradikalen Kampfblättern nicht verfolgt; *Robert Relf*, der sich mit Hungerstreiks der richterlichen Anordnung widersetzte, das Schild am Haus zu entfernen, das den Verkauf „nur an Engländer“ verkündete, wurde nicht nur in

rechtsradikalen Kreisen zum Märtyrer (wie schon vorher *K. Read* aus ähnlichem Grund).

Beeindruckend ist die von vielen gesellschaftlichen Organisationen mobilisierte Abwehrreaktion. Die von linken Gruppen aus Gewerkschaften und *Labour Party*, Studentenorganisationen und Vereinigungen der farbigen Kommunitäten, den verschiedenen kommunistischen Parteien und Organisationen (CP, SWP und ML-Gruppen) und einigen populären Einzelkämpfern (wie dem Coach von Nottingham Forest, *Brian Cough*) getragene *Liberation* und *Anti-Nazi-League* brachten eindrucksvolle Gegendemonstrationen zustande. Als diese jedoch in Gewalttätigkeiten und Straßenschlachten mit der Polizei ausarteten, schütteten sie Wasser auf die Mühlen der NF-Propaganda. Der Adressat stellte sich geschickt auf diese Konfrontationen ein: Pressebilder vermittelten den Eindruck, daß die NF Reihen wohlgeordnet hinter den Polizeiliniien dem ungeordneten „Mob“ gegenüberstehen. Die Gegendemonstrationen, die es in dieser Größenordnung in der Bundesrepublik auch in der Blütezeit der NPD nicht gab, haben zwar erreicht, daß die NF ihr Image als Nazi-Partei nicht los wird; gleichzeitig hat aber die Militanz kleinerer Gruppen, die die NF als Agitationsvehikel entdeckten, die Fleetstreet-Kampagnen gegen die „linke Gefahr“ mit apokalyptischen Darstellungen der „britischen Agonie“¹¹²) entfacht und das liberale Demonstrationsrecht unter Beschuß gebracht.

Wirksamer als diese Auseinandersetzungen auf der Straße sind die innerorganisatorischen Aufklärungskampagnen der Gewerkschaften. Die Arbeiterbewegung zeigt Kampfgeist gegen die anti-gewerkschaftliche NF, allerdings nur lauwarms Engagement für die Arbeiter mit anderer Hautfarbe¹¹³). Ihr kommt aber — wie in den dreißiger Jahren — sowohl in der Abwehr faschistischer Krisenbeuterei wie in der Überwindung des „working-class racism“ eine Schlüsselrolle zu. Ein weniger von zünftlerischen Statusinteressen durchlöcherter

¹¹⁰) Die ersten Daten stammen von Harrop/England/Husbands, a. a. O., die Klammerdaten von Husbands/England, a. a. O.

¹¹¹) Vgl. Z. Layton-Henry, a. a. O., S. 277 ff.

¹¹²) Vgl. R. Clutterbuck, a. a. O., oder R. Moss, a. a. O.

¹¹³) Vgl. R. Miles/A. Phizacklea, *The TUC and Black Workers 1974—1976*, in: *British Journal of Industrial Relations*, Bd. 21 (1978), S. 195—207.

Klassen- und Solidaritätsbegriff („Kompartementalisierung“ in der Soziologensprache) könnte nicht nur das farbige Proletariat, sondern auch das wachsende linke Protestpotential in gemeinsame Interessen einbinden.

Die liberale Bürgerrechtstradition hat zur Folge, daß die Forderungen nach einem Verbot der NF auch bei der *Labour Party* wenig Befürworter fand. Ein Parteiverbot wäre nicht nur nach der bestehenden Rechtslage unmöglich, weil der in der individualistischen Tradition des *Common Law* stehende *Public Order Act* von 1936 nur Sanktionen gegen Personen zuläßt, sondern könnte vor allem das politische Problem nicht lösen. Das rassistisch-faschistische Potential könnte allenfalls und auch nur teilweise durch eine Politik ausgetrocknet werden, die den Zusammenhang zwischen Krise und Rassismus/Faschismus zu durchbrechen vermag und die soziale Misere in den

städtischen Problemgebieten nicht mit den notlindernden Mitteln der sozialen Wohlfahrt zu lösen versucht. Da die Labour-Regierungen diese soziale Struktursanierung nur punktuell angingen und die neue konservative Regierung wieder auf die „unsichere Hand“ des Marktes setzt, der die städtische Marginalität hervorgebracht hat, werden rechtsradikale Krisengewinnler auch weiterhin, unter welchem Namen oder Vorzeichen auch nur immer, ihre Brutstätten finden. Eine Besonderheit der britischen Entwicklung war zumindest bislang, daß die Kommunistische Partei oder links von ihr agitierende Organisationen wie die SWP aufgrund der Integrationskraft von *Labour Party* und Gewerkschaften nicht in der Lage waren, sich in der Krise des britischen Kapitalismus eine Massenbasis zu verschaffen. Die Widersprüche des Kapitalismus reproduzieren sich widersprüchlich im Bewußtsein der Krisengeschädigten.

Verlieren die Industriestaaten die Initiative?

Zur wirtschaftspolitischen Strategie der Entwicklungsländer während der letzten 25 Jahre

I. Bezeichnende Ereignisse

In den letzten Monaten agieren die Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten zunehmend aggressiv. Sie brechen Verhandlungen ab, stellen Ultimaten und nehmen Entseignungen vor. Wie ist es dazu gekommen? Wie ist es zu erklären, daß die Entwicklungsländer eine Neue Wirtschaftsordnung fordern, nachdem sie unmittelbar nach Erreichen der politischen Souveränität Mitsprache und Mitwirkung in internationalen Wirtschaftsfragen zunächst im Vertrauen auf und in Anlehnung an Industriestaaten — vornehmlich an die „westlichen“ — anstrebten? Diesen Fragen geht der hier vorliegende Beitrag nach.

In einer von zunehmenden Spannungen zwischen „Nord“ und „Süd“ sowie von allgemeiner Ratlosigkeit der Regierungen erfüllten Welt sind für die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten folgende Ereignisse bezeichnend:

1. Aussagen führender Mitglieder der OPEC

Auffallend ist die Gelassenheit, Beharrlichkeit und Präzision, mit der die Vertreter verschiedener OPEC-Staaten¹⁾ in jüngster Zeit ihre Absichten kundtun:

¹⁾ Die „Organization of Petroleum Exporting Countries“ (OPEC) wurde auf Einladung der Regierung von Irak am 14. 9. 1960 in Bagdad von fünf Ländern gegründet (Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela). Ihr konnte und kann jeder Staat beitreten, dessen Einnahmen mindestens zu 75 Prozent durch die Ausfuhr von Erdöl erzielt werden. Inzwischen sind noch folgende Länder hinzugekommen: Katar (1961), Indonesien (1962), Libyen (1962), Abu Dhabi (1967), Algerien (1969), Nigeria (1971), Ecuador (1973) und Gabun (1973).

Der Sitz der OPEC war ursprünglich Genf. Als die Schweizer Behörden aber zögerten, den Vertretern der OPEC-Staaten diplomatischen Status zu gewähren, verlegte die Organisation ihren Sitz nach Wien. Generalsekretär ist der Ecuadorianer René Ortiz. Bis 1975 war der Algerier Dr. Abdel Rahman Khane in diesem Amt. Er übernahm danach den Posten des Generalsekretärs der UNIDO (United Nations' In-

Während seines Aufenthalts in Damaskus erklärte der libysche Staatschef Khadhafi am 29. Juni 1979 u. a.: „Wir werden die Ölproduktion für zwei, vielleicht auch drei oder vier Jahre einstellen und die Förderung auf den eigenen Bedarf beschränken.“²⁾ Seine „Richtigstellung“ dieser Äußerung drei Tage später in Kuwait war eher eine Bestätigung seiner Absicht denn eine Abschwächung. Während einer Pressekonferenz meinte Khadhafi nämlich, wann und für wie lange Libyen seine Erdölausfuhren einstellen werde, könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden³⁾.

Der saudiarabische Erdölminister Yamani schloß in einem Interview mit „News Week“ nicht aus, daß die PLO eines Tages — am Ende ihrer Geduld — in der Straße von Hormuz einen oder zwei Supertanker versenken könnte. Damit wäre dann die Straße, durch die täglich 19 bis 20 Millionen Faß (1 Faß = 159 l) Erdöl transportiert werden, blockiert. „Die Folgen würden die gegenwärtige Krise als Kinderspiel erscheinen lassen“, meinte der Minister.

Auf eine weitere Frage antwortete Yamani, der auch Vorsitzender der Strategiekommision der OPEC ist, ob und wie sehr Saudi-Ara-

ustrial Development Organization = Organisation der Vereinten Nationen für die Industrielle Entwicklung). Die Präsidentschaft wechselt jährlich. Zur Zeit nimmt dieses Amt der Öl-Minister der Vereinigten Arabischen Emirate, Dr. Mana Saeed Otai-ba, wahr.

Ziel der Organisation ist gemäß OPEC-Beschluß I/1 aus dem Jahre 1960, „den Erzeugerländern ein gesichertes Einkommen, den Verbrauchern eine leistungsfähige und regelmäßige Versorgung sowie dem Kapital, das diese investieren, einen angemessenen Gewinn zu garantieren“.

Siehe hierzu auch: Manfred Tietzel und Jürgen Melcher, Erdöl und die Dritte Welt, Bonn 1975; Jens Friedemann, Die Scheiche kommen. Arabien — Zentrum neuer Macht, Bergisch-Gladbach 1974; fernere Berichte der Deutschen Shell AG und der Esso AG sowie Veröffentlichungen der Weltbank.

²⁾ Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 30. 6. 1979.

³⁾ Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 4. 7. 1979.

bien eines Tages seine Produktion erhöhen würde, hänge a) von den Sparmaßnahmen der Erdöl verbrauchenden Länder ab, und b) davon, ob der „Westen“ sich bemühen werde, „eine umfassende Lösung für den Nahen Osten zu finden, und das muß bedeuten — ich wiederhole: muß — zuerst und vor allem eine Lösung für die immer verzweifelter werdenden Palästinenser“⁴⁾.

Noch ultimativer hat sich der irakische Vizepräsident Saddam Hussein gegenüber dem „Spiegel“⁵⁾ geäußert. „Sie wissen so gut wie ich ...“, sagte er, „daß die Ölpreiserhöhung an der Inflation nicht schuld ist. Dennoch schlage ich vor, wir machen ein Gentlemen's Agreement, was die Preise betrifft: Wir frieren unsere Ölpreise ein, und die westlichen Industrieländer frieren die Preise ihrer Produkte ein.“⁶⁾

⁴⁾ News Week vom 9. 7. 1979, S. 10.

⁵⁾ Der Spiegel vom 2. 7. 1979, S. 102ff.

⁶⁾ Damit spielte Hussein zugleich auf die Indexierung an, eine Forderung der Entwicklungsländer aus dem Beschluß 93 über ein Integriertes Rohstoffprogramm der UNCTAD IV (1976 in Nairobi), das heißt auf eine Verbindung zwischen den Preisen für Rohstoffe und denen für Industriegüter. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, fügte der Vizepräsident des Irak hinzu: „Drucken Sie im Spiegel ganz offiziell, daß unser Angebot befristet gilt.“

⁶⁾ Die „Zweite Kasse“ (second window) bildet zusammen mit einer Ersten den „Gemeinsamen Fonds“ (GF). Dieser Fonds wiederum ist das Kernstück eines Integrierten Rohstoffprogramms (IRP). Es wurde von der UNCTAD IV (United Nations Conference on Trade and Development; deutsch kurz Welt-Handelskonferenz — WHK genannt). Am 28. Mai 1976 in Nairobi (Kenia) einstimmig verabschiedet.

„Unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten“ bezweckt er im wesentlichen, die Preise für Rohstoffe zu stabilisieren, eine gleichmäßige Versorgung der Verbraucher-Länder zu „angemessenen Preisen“ zu sichern und die Entwicklung der Rohstoffwirtschaft der jungen Staaten durch flankierende Maßnahmen zu fördern. Der Fonds arbeitet mit Beiträgen der Regierungen seiner Mitglieder, mit Krediten, freiwilligen Beiträgen, Zahlungen der einzelnen Rohstofflager und mit reinen Einnahmen. Die Erste Kasse des Fonds trägt koordinierend zur Finanzierung der verschiedenen international angelegten oder national gehaltenen ausgleichenden Warenlagern bei, wobei jedes dieser Lager autonom ist, d. h., der Fonds interveniert nicht auf den einzelnen Rohwarenmärkten. Die einzelnen Lager haben aber ein Drittel ihrer maximalen Einnahmen beim Fonds zu hinterlegen. Diese Erste Kasse soll aus direkten Beiträgen seiner Mitglieder 400 Mio. US-Dollar erhalten. Davon sind 150 Mio. in bar zu entrichten, weitere 150 sind abrufbares Kapital (capital on call) und die restlichen 100 Mio. US-Dollar garantiertes Kapital (callabel capital). Aus der Zweiten Kasse werden sog. flankierende Maßnahmen finanziert wie: Förderung der Produktion, der Diversifizierung, der Verarbeitung und der Vermarktung der Rohstoffe. Diese Zweite Kasse wird über 350 Mio. US-Dollar verfügen. Hiervon kommen 70 Mio. US-Dollar aus den Mitgliedsbeiträgen der Ersten Kasse. Die übrigen 280 Mio. sind freiwillige Leistungen, die zum größten Teil noch aufgebracht werden müssen.

2. Von der Dritten Welt negativ bewertete Vereinbarungen

In den letzten Monaten sind Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten getroffen worden, die mehr zukunfts-trächtigen Unmut ausgelöst haben, als daß sie Übereinstimmung erzeugt hätten.

Dabei handelt es sich einmal um den Gemeinsamen Fonds. Die Industriestaaten haben zwar seiner Errichtung zugestimmt, ihre entsprechenden finanziellen Leistungen, besonders für die „zweite Kasse“^{6a)}, lassen aber auf sich warten. In ihrem Argument, erst müßten Aufgaben und Organisation des Fonds in den noch auszuarbeitenden Statuten festgelegt werden, bevor man zeichne, sehen die Entwicklungsländer einen Vorwand für Schwierigkeiten, die die Industriestaaten bei der Ausarbeitung der Statuten machen werden. Sie argwöhnen in persönlichen Gesprächen sogar, daß dadurch die grundsätzliche Entscheidung über die Errichtung des Fonds von den Industriestaaten erneut in Frage gestellt werden könnte. Zum anderen sind die Entwicklungsländer mit den Ergebnissen der vom 24. Oktober 1973 bis zum 10. April 1979 eröffneten und in Genf geführten GATT-Verhandlungen (GATT = General Agreement on Tariffs and Trade [Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen]) unzufrieden⁷⁾. Abgesehen davon, daß sie, entgegen dem Beschluß 82 der UNCTAD II⁸⁾, überhaupt erst knapp vier Jahre nach Beginn der Tokio-Runde (so genannt nach dem Ort der GATT-Verhandlungen) zu den Verhandlungen hinzugezogen worden waren⁹⁾, halten sie das Ergebnis, soweit es die

⁷⁾ S. „The Tokyo-Round of Multilateral Trade Negotiations, Report by the Director-General of GATT“, eine Veröffentlichung des GATT, Genf, April 1979.

⁸⁾ Die Begriffe UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) bzw. im Deutschen Welthandelskonferenz (WHK) haben eine doppelte Bedeutung. Zum einen bezeichnen sie einen in gleichmäßigem Turnus wiederkehrende oder aus besonderen Anlässen anberaumte Tagung zum allgemeinen Austausch von Erfahrungen oder/und zwecks Diskussion bestimmter Probleme und Forderungen, zum anderen die am 30. 12. 1964 laut Beschluß 1995 der XIX. Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) errichtete Organisation.

UNCTAD I fand vom 23. 3. bis 16. 6. 1964 in Genf, UNCTAD II vom 1. 2. bis 29. 3. 1968 in Neu Delhi (Indien),

UNCTAD III vom 13. 4. bis 21. 5. 1972 in Santiago (Chile),

UNCTAD IV vom 4. bis 31. Mai 1976 in Nairobi (Kenia),

UNCTAD V vom 7. Mai bis zum 31. Juni 1979 in Manila (Philippinen), statt.

⁹⁾ In diesem einstimmig gefaßten Beschluß heißt es unter B 3: „Allen Entwicklungsländern sollte die Möglichkeit gegeben werden, uneingeschränkt, wirksam und ständig an allen Phasen der Verhand-

Interessen der Dritten Welt betrifft, für völlig unbefriedigend¹⁰⁾ — eine Beurteilung übrigen, die in dieser globalen Verneinung einer sachlichen Analyse nicht standhält¹¹⁾. Gleichwohl ist diese negative Bewertung insofern relevant, als auch der Generaldirektor des GATT in seiner Pressekonferenz (am 12. April 1979) einräumte, „daß die Tokio-Runde noch keineswegs alle Hürden genommen hat“¹²⁾. Und MacNamara sagte in seiner Rede vor der UNCTAD V hierzu u. a.: „Man muß sich durchaus darüber klar sein, daß es für die Entwicklungsländer viele Interessenbereiche gibt, die in der Tokio-Runde nicht angemessen behandelt sind.“¹³⁾

Eine weitere zwiespältig gebliebene Vereinbarung schließlich ist das Abkommen zwischen den AKP-Staaten und der EG. Nachdem erstere am 26. Mai 1979 die Verhandlungen angesichts der ihrer Meinung nach mangelhaften finanziellen Ausstattung des neuen Abkommens¹⁴⁾ ultimatativ abgebrochen hatten¹⁵⁾, kam es am 27. Juni zu einem Abschluß, nicht jedoch

lungen teilzunehmen, so daß ihre Interessen in vollem Umfang berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck werden die Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens ersucht, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.“ Siehe hierzu: Markus Timmlér, Die III. Welthandelskonferenz, Voraussetzungen, Ergebnisse und Bedeutung, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Köln 1973, S. 106ff. und S. 323.

¹⁰⁾ S. zu dem Ergebnis der GATT-Verhandlungen auch: „Dissonanzen über das Resultat der Tokio-Runde“, NZZ vom 13./14. 4. 1979.

¹¹⁾ In der Hauptsache geht es um die Schutzklausel. Artikel 19 des GATT sieht vor, daß sich Schutzklauseln gegen alle möglichen Anbieter einer Ware richten, die in einem Lande Probleme verursacht. Die gegenwärtige Regelung sieht dagegen nur „nichtdiskriminierende Aktionen“ vor. Dabei soll es nach dem Willen der Entwicklungsländer bleiben, während die Industriestaaten „selektive Schutzklauseln“ anstreben.

¹²⁾ Hauptergebnisse der Tokio-Runde, in: NZZ vom 15./16. 4. 1979.

¹³⁾ Bisher hat man sich als Ergebnis fast sechs Jahre langer Verhandlungen auf einen Rahmen geeinigt, der erst zum Teil ausgefüllt ist. Dies genügte den Industriestaaten für die Unterzeichnung eines entsprechenden Procegs Verbale durch die Industriestaaten; aber außer Argentinien haben die Entwicklungsländer bisher (Ende Juli 1979) die Unterschrift abgelehnt.

¹⁴⁾ Der Sprecher der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten), der gabunesische Planungsminister Anchouey, bezeichnete das Angebot als „nur eine Träne im Meer unserer Probleme“.

Während einer Pressekonferenz erklärte er weiter, das Angebot der EG erlaube nicht, „zufriedenstellende Verhandlungen abzuschließen. Vielmehr stellt es die Zusammenarbeit zwischen Europäern und den AKP-Ländern aufs Spiel“; und er fuhr fort: „Wir werden die Rückkehr an den Verhandlungstisch erst wieder erwägen, wenn die Gemeinschaft mehr Flexibilität zeigt.“

Die AKP-Länder hatten 10,8 Milliarden RE (Rechnungseinheiten), etwa 27 Milliarden DM, gefordert

zu einer Einigung; denn zwölf Regierungen, darunter das OPEC-Land Nigeria, haben das Ergebnis der Verhandlungen nicht gebilligt. Es wurde daher auch vorerst darauf verzichtet, Ort und Datum für die Unterzeichnung eines neuen Vertrages festzulegen.

INHALT

I. Bezeichnende Ereignisse

1. Aussagen führender Politiker der OPEC
2. Von der Dritten Welt negativ bewertete Vereinbarungen
3. Verlagerung der Initiative

II. Neue Dimensionen

1. Mitsprache, Self-Reliance und Wiedergutmachung
2. Verpaßte Chancen der Industriestaaten

III. Die Strategien der Entwicklungsländer seit dem Tage Null

1. Die Vereinten Nationen im Dienste der Dritten Welt
2. Eine Weichenstellung und neue Initiativen
3. Die „Schlußakte“ von 1964
4. Das Verhalten der Industriestaaten
5. Eine weitere Etappe in der Auseinandersetzung „Nord-Süd“
6. OPEC wird Speerspitze der „Gruppe der 77“

IV. Ständige Verbesserung der Verhandlungs- und Machtposition der Dritten Welt

V. Ausblick

Die zwölf AKP-Staaten blieben bei ihren Vorbehalten, obwohl die EG ihre gesamten finanziellen Leistungen um 500 Millionen auf 5600 Millionen RE angehoben hatte und obwohl der französische Außenminister als Sprecher der EG schon unmittelbar nach Abbruch der

Die EG hatte erst in den allerletzten Tagen 5,1 Milliarden RE (12,8 Milliarden DM) angeboten und dieses Angebot als nicht negoziabel bezeichnet. In dem ersten Lomé-Abkommen standen 3,44 Milliarden RE (9 Milliarden DM) zur Verfügung.

¹⁵⁾ Es war übrigens das zweite Mal, daß die Entwicklungsländer Verhandlungen mit den Industriestaaten ultimatativ abgebrochen haben. Das erste Mal hatte die „Gruppe der 77“ am 1. 12. 1977 in Genf die Verhandlungen — damals über das Integrierte Rohstoffprogramm — mit den Worten ihres damaligen Sprechers, des jugoslawischen Botschafters Lalovic, verlassen: „Die ‚Gruppe der 77‘ ist bereit und willens zu verhandeln, wenn und sobald die Haltung der bereits entwickelten Länder zu der Hoffnung berechtigt, daß Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende führen.“

Verhandlungen erklärt hatte, die EG wolle „aus Respekt vor der Würde ihrer Verhandlungspartner“ mit diesen nicht feilschen; er betonte, die EG stünde zu ihrem Wort, die Kaufkraft ihrer Entwicklungshilfe zu erhalten. Praktisch bedeutet dies die Zusage der Indexierung, die auch Hussein (s. oben) im Hinblick auf den Rohstoff Öl gefordert hat.

3. Verlagerung der Initiative

Geht die Initiative im internationalen politischen und wirtschaftlichen Geschehen allmählich auf einige Entwicklungsländer und damit auf die Dritte Welt überhaupt über? Die Frage liegt nahe, nachdem die OPEC-Staaten in dem Kommuniké zum Abschluß ihrer Tagung am 28. Juni 1979 ihre Solidarität mit den übrigen Entwicklungsländern stärker als bisher betont haben.

Zur Diskussion mit dem „Norden“ über Fragen der Energie, so heißt es dort u. a., seien die OPEC-Staaten bereit, aber nur im Zusammenhang mit den grundlegenden entwicklungs politischen Fragen wie finanzielle Hilfe, monetäre Reformen, Technologietransfer, Rohstoffabkommen, Neue Weltwirtschaftsordnung. Ein Dialog nur über Öl wird kategorisch abgelehnt.

So eindeutig ist dies bisher nicht gesagt worden. Das wiederum heißt, daß es bei den Verhandlungen über Fragen der Energie nicht nur um Ölpreise und -lieferungen, sondern zugleich auch immer um die Nord-Süd-Probleme insgesamt gehen soll und gehen wird.

Nachdem zwei Drittel des Kommunikés der Konferenz der sieben Staatschefs in Tokio Energiefragen gewidmet sind, die auch bei der OECD-Tagung am 12. und 13. Juni im Vordergrund standen, die IATA¹⁶⁾ eine Sondersitzung über neue Tarife wegen der gestiegenen Ölpreise einberufen hat, nachdem die amerikanische Innenpolitik über die Energiefrage durcheinandergeraten ist und der deutsche Wirtschaftsminister vor der Handelskammer Deutschland-Schweiz ganz allgemein feststellte, die anhaltende Verteuerung der Energie werde zum bestimmenden Faktor für das kommende Jahrzehnt¹⁷⁾, ergibt sich die Frage: Was im internationalen Geschehen geht unmittelbar noch ohne die OPEC-Staaten und auf weitere Sicht ohne die Entwicklungsländer überhaupt?

Werden die Entwicklungsländer den „Westen“ zwingen können, die Umstrukturierung zwischen „Nord“ und „Süd“ zu beschleunigen? Wird es den Industriestaaten gelingen, sich zu fangen? Werden dem Westen unverhoffte Entdeckungen in seinem Bereich zu Hilfe kommen?

Wie weit liegt gegenwärtig die wirtschaftliche, wirtschaftspolitische und politische Initiative noch bei den Industriestaaten? Die Tatsache, daß vier Minister und ein Regierungschef von fünf der bedeutendsten Industriestaaten (Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich, Japan, USA) innerhalb von drei Wochen in OPEC-Staaten reisten, um dort Verhandlungen zu führen, könnte als erste Antwort auf diese Frage gedeutet werden¹⁸⁾.

II. Neue Dimensionen

Die vorstehend beispielhaft erwähnten Anzeichen für die zunehmenden Spannungen zwischen „Nord“ und „Süd“ sind nur Symptome für eine grundlegende, bisher entweder überhaupt nicht oder doch beim politischen Kalkül zu wenig beachtete Tatsache, nämlich, daß die Begriffe Weltpolitik und Weltwirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges einen anderen Inhalt bekommen und andere, neue Dimensionen angenommen haben.

1. Mitsprache, Self-reliance und Wiedergutmachung

Bis 1945 wurde Weltpolitik von einigen Groß- und Kolonialmächten gemacht, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die übrige Welt, ob z. B. auch die Menschen in den Kolonien damit einverstanden waren oder nicht. Das änderte sich

seit dem Zweiten Weltkrieg in dem Maße, in dem immer mehr Staaten die politische Souveränität erlangten. Aus Objekten der Politik

¹⁶⁾ Der 1919 gegründete und 1945 umgestaltete „Internationale Verband der Luftfahrtgesellschaften“ berät seine Mitglieder in Fragen des Verkehrs, der Sicherheit, des Luftrechts und wacht über die Einhaltung der von ihr festgesetzten Flugpreise und Frachtraten. Diese letztere Funktion ist in jüngerer Zeit fraglich geworden. Der IATA gehören alle größeren Fluggesellschaften an, z. Z. 85 aus 60 Ländern.

¹⁷⁾ „Weltwirtschaft im Schatten der OPEC-Beschlüsse“, NZZ vom 7. 7. 1978.

¹⁸⁾ In diesen Zusammenhängen sei an ein Wort des Geschichtsphilosophen Oswald Spengler (1880—1936) erinnert, der in seinem 1933 erschienenen und 1961 neu aufgelegten Buch „Jahre der Entscheidung“ auf S. 196 u. a. schreibt: „Die meisten Herrenvölker sind von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und sie werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu können.“

sind Subjekte geworden, die, völkerrechtlich befugt, das Geschehen in der Welt mitbestimmen und von diesem Recht auch gemäß ihren Kräften und ihrer politischen Erfahrung zunehmend Gebrauch machen.

Dieses Recht beanspruchten die Politiker aus Entwicklungsländern auch im Hinblick auf die Weltwirtschaft, ohne daß den meisten von ihnen bewußt war, was sie da eigentlich verlangten. Die Vorstellung, man könne ökonomische Substanz und Managementfähigkeiten ähnlich schnell transferieren wie politische Souveränität, schwand in demselben Maße, wie Studenten aus der Dritten Welt sich an den Hochschulen Englands, Frankreichs, der USA und der Sowjetunion mit der Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftsgeschichte vertraut machten und den Politikern in der Praxis klar wurde, daß Mitsprache in der Weltwirtschaft nicht verliehen wird, sondern daß sie erarbeitet, daß sie „verdient“ werden muß, und daß diese Mitsprache ein gewisses Maß an ökonomischer Eigenständigkeit zur Voraussetzung hat.

In dieser Situation drängte sich den Politikern der Dritten Welt mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß sie sich in erster Linie selbst helfen müßten; erst dann könnten sie einen Anspruch auf Hilfe von außen auf Mitsprache erheben.

Das Streben, die Existenz ihrer Völker zu sichern, und der (aufkeimende) Wille zu eigenen Anstrengungen — diese beiden Elemente ziehen sich durch alle Dokumente und Verlautbarungen verantwortlicher Persönlichkeiten der Dritten Welt: von Bandung (1955) über die ersten Konferenzen der afrikanisch-asiatischen Völker (1958 und 1960), die erste Welt-handelskonferenz (1964), die Strategie für das Zweite Jahrzehnt der Entwicklung (1970) bis zur Konferenz über Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern (1978)¹⁹⁾.

¹⁹⁾ 1. In dem Schlußkommuniqué der Konferenz von Bandung (18.—24. 4. 1955), an der Vertreter von 29 Ländern Asiens, des Nahen Ostens und Afrikas teilnahmen, heißt es in dem „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ überschriebenen Absatz u. a.: „Die Asia-tisch-Afrikanische Konferenz hat die Dringlichkeit erkannt, die wirtschaftliche Entwicklung im asiatisch-afrikanischen Raum zu fördern. Es bestand unter den Teilnehmerstaaten der allgemeine Wunsch nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Interesses und der Achtung der nationalen Souveränität ... Die teilnehmenden Länder kamen überein, sich im höchst möglichen Maße gegenseitig technische Hilfe zu leisten, und zwar durch Sachverständige, Ausbilder, richtungweisende Projekte und Ausführungen zum Zwecke der Anleitung, des Erfahrungsaustausches und der Einrichtung von Landesausbildungs- und Forschungsinstituten.“ (S. Markus Timmler, Hunger

Über Fachkreise hinaus ist auch einer brei-teren Öffentlichkeit der Appell des afrika-nischen Gewerkschaftsführers und damaligen Entwicklungsministers von Kenia, Tom MBoya, bekanntgeworden, der 1965 erklärte: „Ich glaube nicht, daß wir wirtschaftlich un-abhängig werden, indem wir uns auf die reichen Länder verlassen. Freilich müssen wir uns dar-über klar sein, daß wir gegenwärtig noch von ihnen abhängig sind. Aber davon befreien wir uns am ehesten, indem wir versuchen, uns selbst zu helfen. In diesem Geist müssen wir die Probleme unserer Entwicklung anpak-ken.“²⁰⁾

Der Staatschef von Tansania, Nyerere, hat dann 1967 den von Mao Tse-tung im August 1945 geprägten Begriff der Self-Reliance, der Besinnung auf die eigenen Kräfte, Potenzen und Fähigkeiten mit seiner Erklärung von Arusha zum Leitbild aller Entwicklungsländer gemacht²¹⁾. Daß solch ein Programm, wird es konsequent mit allen damit verbundenen Opfern und Schwierigkeiten durchgeführt, er-folgreich sein kann, haben die Chinesen der Welt demonstriert.

Parallel zu dieser Besinnung der jungen Staa-ten auf sich selbst ging die Forderung der Ent-

ist kein Schicksal. Entstehung und Bedeutung der afro-asiatischen Konferenzen, Hannover 1961, S. 63).

2. Zweifelsfrei und präziser heißt es 15 Jahre später in der „Strategie für das zweite Jahrzehnt“ unter A. 11: „Die Verantwortung für den Fortschritt in den Entwicklungsländern liegt in erster Linie bei diesen selbst, wie auch in der Charta von Algier betont wird.“ (S. hierzu ausführlicher Markus Timmler, Können und Wollen. Die Strategie für das zweite Jahrzehnt der Entwicklung, Stuttgart 1972, S. 156ff., und „Gruppe der 77 und Charta von Algier“, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Köln 1968.)

3. Zur Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen über Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern (Technical Cooperation among Developing Countries — [TCDC] vom 28. 8. bis 12. 9. 1978 in Buenos Aires) hatte eine re-präsentative Gruppe hochqualifizierter Fachleute die wichtigsten Themen für die Konferenz aufberei-tet und zum Abschluß ihrer Beratungen am 5. 6. 1977 in Kuwait eine Erklärung über Zweck und Aufgaben der Konferenz veröffentlicht („Erklärung von Ku-wait“), in der es u. a. heißt: „TCDC ist eine historische Notwendigkeit, die sich aus der Forderung nach ei-ner neuen internationalen Ordnung ergibt. Sie ist ein bewußter, systematischer und politisch moti-vierter Prozeß, der in Gang gesetzt wurde, um ein Gewebe vielfacher Verbindungen zwischen den Entwicklungsländern zu schaffen ...“ (S. Beilage zum „Forum Vereinte Nationen“ vom September/Okto-ber 1977.)

²⁰⁾ Aus der Rede MBoyas vor der Jahrestagung (1965) des „Wirtschaftsausschusses für Afrika“ (Eco-nomic Commission for Africa = ECA); Dokument der Vereinten Nationen E/E 4004.

²¹⁾ The Arusha Declaration, Publicity Section TANU, Daressalam 1967.

wicklungsländer an die Industriestaaten, sie bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Gemeinwesen finanziell, technisch und mit Ausbildung aller Art nachhaltig zu unterstützen. Diese schon während der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre vorgebrachte Forderung gipfelte im Mai 1963 in der Feststellung des damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, daß die Industriestaaten nicht Hilfe, sondern Wiedergutmachung zu leisten hätten. Er, so sagte Nasser bei der Gründung der Organisation für afrikanische Einheit (OAE) in Addis Abeba, betrachte die Hilfe „als eine Steuer, die die großen Mächte mit kolonialer Vergangenheit Ländern schulden als Entschädigung (compensation) für die Ausplünderung (looting), der viele Völker in Afrika und Asien ausgesetzt waren und es noch sind“²²⁾.

Diese Auffassung ist ebenso zur Überzeugung einiger Politiker der Dritten Welt geworden wie die Notwendigkeit der Selbsthilfe. Seit Addis Abeba wird dieser Anspruch auf Wiedergutmachung in Dokumenten und Reden immer wieder geltend gemacht. Zum Beispiel erklärte der algerische Staatspräsident Boumediene 1974 vor der 6. Sondertagung der VN über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme u. a.: „Die industrialisierten Staaten werden akzeptieren müssen, daß die Entwicklungsländer wieder in ihre legitimen Rechte eingesetzt werden und alles erhalten, was ihnen zusteht.“²³⁾

Deutlicher heißt es 1979 in der Erklärung von Arusha, die „Gruppe der 77“ sei entschlossen, „die vollständige und ständige Souveränität über ihre Reichtümer, natürliche Vorkommen und wirtschaftliche Maßnahmen auszuüben sowie von ihrem Recht auf Rückerstattung und restlose Wiedergutmachung für die Ausbeutung und Plünderung sowie Schäden Gebrauch zu machen, die den natürlichen Vorkommen und allen anderen Potenzen ihrer Völker, ihrer Länder und ihren Gebieten zugefügt worden sind“²⁴⁾.

In dieser Auffassung werden die jungen Staaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Sowjetunion bestärkt. Sie argumentiert, daß das Elend in der Dritten Welt von den ehemaligen Kolonialmächten verursacht sei. Daher sei sie, anders als die „westlichen“ Indu-

striestaaten, den Entwicklungsländern gegenüber zu nichts verpflichtet²⁵⁾.

Obwohl die Entwicklungsländer ihrerseits seit einiger Zeit dieses Argument als Vorwand erkannt haben, ihnen jede Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Länder zu verweigern, sofern sie nicht bereit sind, sich ideologisch oder/und militärisch für die Absichten der Sowjetunion gebrauchen zu lassen, bestärkt der ständige Verweis der Sowjets auf den Kolonialismus die Entwicklungsländer psychologisch in ihrer Forderung nach Wiedergutmachung. Auch wenn diese bei Konferenzen nur selten direkt angesprochen wird, die Tatsache, daß auf sie in Dokumenten immer wieder angespielt wird, zeigt, daß sie im Denken der Vertreter der Dritten Welt allgegenwärtig ist.

Diese Forderung steht auch, bewußt oder unbewußt, im Hintergrund, wenn argumentiert wird, daß der ökonomische Vorsprung, den die entwickelten gegenüber den technisch und wirtschaftlich unterentwickelten Ländern heute haben, nur erreicht werden konnte mit Hilfe der Rohstoffe und der Arbeitskräfte in Afrika, Asien und Lateinamerika, über die die gegenwärtig industrialisierten Staaten, früher meist Kolonialmächte, nach Wert und Menge jahrzehntelang beliebig verfügten. Das, so wird weiter argumentiert, gelte auch und nicht zuletzt im Hinblick auf die moderne Technologie und Wissenschaft; denn auch hierfür hätten die ehemaligen Kolonien mit den eben genannten Faktoren indirekt die Grundlage geliefert.

Doch das, so meint der um Sachlichkeit bemühte Beobachter, ist nur ein Aspekt der Kolonialgeschichte. Persönlicher Mut, physischer Einsatz, Fleiß und die Bereitschaft zahlreicher Reisender, Forscher, Siedler und Un-

²⁵⁾ In einem Papier, das die kommunistischen Staaten der UNCTAD V in Manila über ihre Bewertung des Welthandels und der wirtschaftlichen Lage vorlegten, heißt es u. a.: „Die Verantwortung der entwickelten kapitalistischen Staaten für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer endete keineswegs und wurde auch nicht beseitigt mit der Ära des Kolonialismus. Unter dem gegenwärtig kapitalistischen Wirtschaftssystem bleiben die unterentwickelten Länder nach wie vor der Abhängigkeit, der Ausbeutung sowie der Ungerechtigkeit ausgeliefert; daher leiden sie mehr als früher unter den Mängeln jenes Systems. . . Die Spuren des Kolonialismus können nicht ausgerottet und der Neo-Kolonialismus nicht liquidiert werden, bevor nicht die Nachwehen des ‚Kalten Krieges‘ beseitigt sind, weil diese Praktiken von denselben Kräften weiter geübt werden. Überdies werden die Entwicklungsländer und die sozialistischen Staaten gleichermaßen von dem Protektionismus betroffen.“ S. Dokument der UNCTAD TD/249 vom 19. 4. 1979, S. 6 und S. 8.

²²⁾ Markus Timmler, Wirtschaftlicher Aufbau in Afrika, hrsg. von der BfA, Köln 1963, S. 24.

²³⁾ United Nations General Assembly Sixth Special Session, A/PV.2208 vom 10. 4. 1974.

²⁴⁾ Arusha Programme for Collective Self-Reliance and Framework for Negotiations, Doc. TD/263 vom 28. 2. 1977, S. 4.

ternehmer zu Entbehrungen, ja zum Risiko des eigenen Lebens waren und sind gleichermaßen Voraussetzungen für wirtschaftliche Erfolge wie Rohstoffe und Arbeitskräfte. Diese positiven Leistungen gehören ebenso zur Kolonialgeschichte wie Unmenschlichkeit und Ausbeutung.

Wer heute nur Steine auf die Industriestaaten wirft, den darf man auch fragen, warum z. B. die Afrikaner ihre jeweiligen Gemeinwesen nicht entwickelt haben, statt sich in grausamen Stammeskämpfen zu zerfleischen, bevor die Europäer sich diesen Kontinent untertan machten, und wer sie daran gehindert hat, etwa die Dampfmaschine zu erfinden? (1765 gab es noch keine Kolonie in Afrika.)

2. Verpaßte Chancen der Industriestaaten

Urheber, Vollstrecker und Nutznießer all dessen, was wir heute mit dem Sammelbegriff „Fortschritt“ bezeichnen, waren und sind bis heute in erster Linie die Industriestaaten. Die Impulse und die Dynamik, die von ihren Aktivitäten ausgingen, waren auch in sozialer Hinsicht folgenreich. Sie haben auf die große Zahl der in statischen, nicht-„westlichen“ Gesellschaftsformen verharrenden Völker, vor allem Asiens, Afrikas, aber auch Lateinamerikas, ausgestrahlt und diese in Bewegung gebracht; hier rascher, dort langsamer, hier mehr, dort weniger umfassend und tiefgehend²⁶⁾.

Leitbild für die durch die Industriestaaten ausgelösten Erwartungen waren die Gesellschafts- und Herrschaftsformen, Methoden und Wertsysteme der Erfinder dieses Fortschritts, eben der Industriestaaten, des „Westens“ wie des „Ostens“.

Ähnliches galt für persönliche Absichten und für die Lebenshaltung. „Wir wollten Botschafter werden“, sagte mir der Vertreter eines afrikanischen Landes, „was das ist und was das in der Realität bedeutet, davon hatten wir keine Ahnung. Schon auf der Schule hing das Prestige eines Schülers entscheidend davon ab, ob

²⁶⁾ Auf die vielschichtigen Komplexe des von Europäern ausgehenden geistigen und technischen Einbruchs in andere Lebensformen sowie die dadurch verursachten gesellschaftlichen Umwälzungen kann im Zusammenhang dieser Arbeit lediglich hingewiesen werden. Dazu ist inzwischen viel gesagt und geschrieben worden. Hier sei auf ein grundlegendes Werk verwiesen, das im Jahre 1961 erschienen ist. Es enthält die Reden und Diskussionsbeiträge eines Kolloquiums und eines Wochenendseminars, das damals in Bern stattfand. Die dort gemachten Aussagen sind von jüngeren Veröffentlichungen nicht überholt — im Gegenteil. Richard F. Behrendt (Hrsg.), Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir, Bern 1961 (Berner Beiträge zur Soziologie).

seine Eltern ‚been to‘, das heißt, ob sie in Europa gewesen waren.“

Auch die Zeiten, da wohlhabende Inder ihre Hemden zum Waschen und ihre Anzüge zum Bügeln nach Europa schickten, sind noch nicht allzu fern. Noch heute werden in den Büros ehemals englischer Kolonien, in indischen oder nigerianischen Arbeitsstuben, die Akten in der oberen linken Ecke mit einem Bindfaden zusammengehalten, und als Abidjan, die Hauptstadt der Elfenbeinküste, ausgebaut wurde, war Paris das Vorbild. Die Hauptstraße wurde nach de Gaulle benannt. Die Linguae Francae in Afrika und Asien sind europäische Sprachen.

Aber nicht nur die Wohlhabenden, nicht allein die in Europa Ausgebildeten oder die in Dienste der Kolonialherren stehenden Schichten, also nicht nur die, die die Herrschaft bei der Erlangung der Unabhängigkeit übernommen hatten, suchten Anlehnung an die Industriestaaten, erst recht haftete dem Europäer in den Augen der indischen Bettler wie der afrikanischen Analphabeten und der lateinamerikanischen Indios etwas vom herkömmlichen Götter- und Wunderzauber an²⁷⁾.

Die überwältigende Mehrheit aller Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner, d. h. die Menschen und deren Regierungen, die heute in der „Gruppe der 77“ versammelt sind und der „Dritten Welt“ zugerechnet werden, waren also nach 1945 bereit, ihre Zukunft von den bereits entwickelten Ländern mit prägen zu lassen.

Die großen Chancen, die in solchem Prestige, in solch blindem Vertrauen und solchem Glauben an Europa und die Europäer gegeben waren und die zu einer Synthese von Ressourcen, Potenzen und Kulturen hätten führen können, sind von den Industriestaaten nicht genutzt worden. Das ist seit 1945 die bisher größte Fehlleistung der Industriestaaten, vor allem der europäischen.

Am Ende des kolonialen Zeitalters haben die Industriestaaten — abgesehen von den Kirchen und einigen bemerkenswerten Ausnahmen unter den Unternehmern — nicht das erkenntnisweckende Gespräch, nicht die Begegnung, sondern das Geschäft gesucht²⁸⁾.

Ähnlich versagt haben die Industriestaaten in Sachen Entwicklungshilfe. Sie stand von vornherein nicht vorwiegend im Dienste der Be-

²⁷⁾ Peter Sulzer, Schwarze Intelligenz, Zürich und Freiburg 1955, S. 34.

²⁸⁾ „Seit mehr als einem halben Jahrhundert leben die Weißen in diesem Lande (gemeint ist Kenia; d. Verf.), seit mehr als einem halben Jahrhundert sehen, sprechen und befehlen sie uns, aber noch nie sind sie uns begegnet“ (P. Sulzer, Schwarze Intelligenz, a. a. O., S. 46).

kämpfung der Armut, sondern mindestens ebenso sehr im Dienste der Interessen einzelner Geberländer (was die Bundesrepublik anbetrifft: im Dienste der Hallstein-Doktrin). Politiker, Parlamentarier, Gewerkschafter und Unternehmer reisten damals, wenn überhaupt, so nicht, um den Einwohnern Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas in den ihnen unbekannteren Bereichen der Wirtschaft, des Sozialwesens und der öffentlichen Verwaltung Wege zu zeigen, sondern um die Konkurrenz zu beobachten und um Geschäftsmöglichkeiten auszukundschaften — wiederum von Ausnahmen abgesehen.

Fragen nach dem Woher der sozialen Gegebenheiten in der Dritten Welt, nach ökonomischen Prioritäten, nach zukunftssträchtigen Ansatzpunkten für eine etwaige Zusammenarbeit wurde kaum nachgegangen, Eigenarten und Mentalitäten, die beim Verkehr mit jenen Ländern zu berücksichtigen wären, wurden nicht untersucht. Darum bemühten sich zwar die Kirchen und einige Wissenschaftler; aber ihre Erkenntnisse fanden kaum Beachtung.

Ein besonderer Fall ist hier die Bundesrepublik Deutschland. Frankreich hätte den Abschluß des EWG-Vertrages scheitern lassen, wenn die Bundesrepublik 1956 nicht bereit gewesen wäre, die Gebiete in Übersee, zu denen „besondere Beziehungen“ (vor allem Frankreichs und Belgiens) bestanden, den Vertrag zu assoziieren und zugleich die frankophonen Länder als *chasse gardée* der Franzosen zu respektieren.

So zahlte die Bundesrepublik als Unterzeichner der Römischen Verträge zwar 34,1 Prozent der gesamten Hilfe, führte aber Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre nur zwischen 3 und 5 Prozent der im Rahmen der Hilfe vergebenen Aufträge durch. Noch bis in die späten sechziger Jahre erhielt die Luftwaffe aufgrund einer Abmachung zwischen Adenauer und de Gaulle in frankophonen Staaten Afrikas keine Landrechte, ausgenommen in Dakar (Senegal). Aber auch dort durfte nur aus „technischen Gründen“, das heißt zum Auftanken der Maschinen von Europa nach Südamerika und umgekehrt, zwischengelandet werden.

In dieser politisch bedingten Zurückhaltung gegenüber den Entwicklungsländern wurde die Regierung der Bundesrepublik besonders von den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften indirekt bestärkt. Von „Politik“ wollte man nichts wissen. Die Erlebnisse und Verluste des Krieges waren noch in aller Erinnerung. Außerdem hatte man mit dem Wiederaufbau mehr als genug zu tun und war daher durchaus einverstanden, wenn man sich um

die weite Welt nicht zu kümmern brauchte. Meldungen aus Asien, Afrika und Lateinamerika wurden daher auch von den Massenmedien praktisch nicht berücksichtigt²⁹⁾.

Als der damalige deutsche Außenminister von Brentano im Mai 1960 auf eine Anfrage im Bundestag, ob es angesichts der einschneidenden Veränderungen in Afrika³⁰⁾ nicht einer besonderen Politik gegenüber diesem Kontinent bedürfe, erwiderte, daß die Bundesrepublik der Meinung sei, dies wäre nicht notwendig, blieb diese Erklärung ohne Folgen.

Diese politische, wirtschaftliche und menschliche Abstinenz war den Afrikanern unverständlich; denn sie wußten nur wenig von den kriegs- und europabedingten Rücksichtnahmen, die die Bundesrepublik gegenüber ihren Partnern in der EWG und in der westlichen Welt überhaupt zu nehmen hatte. Und von deutscher Seite wurden ihnen diese Gegebenheiten auch nicht erklärt, so daß sie in dem mangelnden Interesse an den Vorgängen in Afrika wie in der Dritten Welt überhaupt eine Komplizenschaft der Bundesrepublik mit den ehemaligen Kolonialmächten sahen. Da diese ihrerseits schnell bereit waren, alle Afrikaner und Asiaten³¹⁾, die sich ihren Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit jungen Staaten nicht ohne weiteres fügten, als Kommunisten hinzustellen, und da aus den eben genannten Gründen die Bundesrepublik keine eigenen

²⁹⁾ Wir nehmen auch keine Kenntnis davon, was sich in Parteien und anderen Organisationen der Dritten Welt anspannt, wie man dort z. B. das Verhältnis der EWG mit ihren Assoziierten — heute könnte man dafür die AKP-Staaten setzen — zu den übrigen Entwicklungsländern sah (und etwa so auch heute noch sieht). In den wirtschaftlichen Resolutionen der ersten Konferenz der afro-asiatischen Völker (26. 12. 1957 bis 1. 1. 1958 in Kairo) heißt es in Abschnitt e) unter der Überschrift „Die Wirtschaftslage der abhängigen Länder“ hierzu: „Der Europäische Gemeinsame Markt“ beabsichtigt, die Wirtschaft der abhängigen Länder dadurch zu begrenzen, daß er sie zum Besitz von sechs europäischen Ländern macht; außerdem strebt er danach, die Hoffnungen der Völker auf Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft durch massive Konzentration von ausländischem Kapital auf ihren Gebieten zu erodieren, was schließlich dazu führt, sie von den unabhängigen afro-asiatischen Ländern zu trennen.“ Vgl. Markus Timmler, Hunger ist kein Schicksal — Zwei Kontinente melden sich zu Wort, a. a. O., S. 82.

³⁰⁾ Vom 1. 1. 1956 bis zum 28. 11. 1960 hatten in Afrika 22 Staaten die politische Unabhängigkeit erlangt.

³¹⁾ Bei der zweiten Konferenz der afro-asiatischen Völker vom 11. bis 15. 4. 1960 in Conakry (Guinea) sagte mir ihr Generalsekretär u. a.: „Es ist gut, daß auch einmal jemand aus dem ‚Westen‘, wie Sie sagen, zu uns kommt. Man bezeichnet uns bei Ihnen als eine kommunistische Organisation. Das sind wir keineswegs, wollen es nicht sein. Aber wir können natürlich nur mit dem das Gespräch führen, der bereit ist, seinerseits mit uns zu reden.“ S. M. Timmler, Hunger ist kein Schicksal, a. a. O., S. 55.

Auffassungen über das Verhältnis zur Dritten Welt äußerte, wurde sie allmählich den Staaten zugerechnet, die mit den ehemaligen Kolonialmächten und „Imperialisten“ politisch zumindest sympathisierten.

Wenn die Bundesrepublik seit Jahren bei internationalen Konferenzen „immer wieder auf die Anklagebank gesetzt wird“, so muß man

einräumen, daß zum einen durch die (z. T. politisch bedingte) Gleichgültigkeit Ende der fünfziger und während der sechziger Jahre gegenüber dem Geschehen in der Dritten Welt und zum anderen durch das bereits erwähnte, vorwiegend von eigenen Interessen bestimmte Verhalten politischer wie wirtschaftlicher Kreise der Bundesrepublik der Grund dazu gelegt worden ist.

III. Die Strategie der Entwicklungsländer seit dem Tage Null

Wie aus dem bisher Dargelegten hervorgeht, waren die Spannungen zwischen „Nord“ und „Süd“ zu der Zeit, da die jungen Staaten ihre Unabhängigkeit erlangten, noch nicht vorgegeben. Sie haben sich erst nach und nach entwickelt.

Die jungen Staaten erkannten am „Tage Null“ noch nicht, daß die Teilnahme am internationalen Kräftespiel Veränderungen in ihrer bisherigen Erziehung, Ausbildung, Wirtschaft und Verwaltung bedingten, die auf ihre gesellschaftlichen Strukturen zersetzend wirken würden und damit zu heftigen Abwehrreaktionen führen mußten.

Die Industriestaaten ihrerseits haben die Spannungen zwischen „Nord“ und „Süd“ dadurch mit verursacht, daß die alten Kolonialmächte ihre Kolonien auf die Souveränität nur ungenügend vorbereitet hatten und daß die übrigen Industriestaaten sich den jungen Staaten gegenüber nach dem Tage Null entweder indifferent verhielten oder sie mehr oder minder weiter so behandelten wie in ihrer kolonialen Vergangenheit. Damals haben die Industriestaaten nicht vorausgesehen, daß und wie sehr ihre Existenz und ihre Wohlfahrt eines Tages von den Entwicklungsländern mitbestimmt werden könnte und daß die Zeit eher gegen sie und für die jungen Staaten arbeiten würde³²).

³²) Die Industriestaaten, obwohl die größten Produzenten an Rohstoffen, verbrauchen (weit) mehr Rohstoffe, als sie selbst erzeugen. Die Zahlen für das gewogene Mittel der Erzeugung und des Verbrauchs lauten nach Angaben von Mesarovic und Pestel in ihrem (2.) Bericht „Menschheit am Wendepunkt“ an den Club von Rom: für die westlichen Industriestaaten 36,6% Erzeugung, 70,4% Verbrauch, für die kommunistischen Staaten 20,9% Erzeugung sowie 21,7% Verbrauch, und für die Entwicklungsländer 42,5% Erzeugung, 7,5% Verbrauch. Dieses Bild wandelt sich völlig zu ungunsten der Industriestaaten, wenn man sich die Anteile der einzelnen Ländergruppen an den Ressourcen, d. h. den bereits bekannten und vermuteten Rohstoffen, vergegenwärtigt. Hier beträgt das gewogene Mittel für die Entwicklungsländer 42%, für die „östlichen“ Industriestaaten 33 und für die „westlichen“ 25%.

Die jungen Staaten fanden sich am Tage Null im Niemandsland zwischen eigener Tradition und europäisch-amerikanischer Zivilisation allein auf sich gestellt, ein heterogener Haufen, Objekte des internationalen Kräftespiels dessen Regeln sie (noch) nicht kannten. Doch bereits Anfang der sechziger Jahre begannen die Entwicklungsländer, ein Faktor zu werden, den man nicht mehr übersehen konnte. Getrieben von dem Elend und der Not ihrer Völker begannen sie, den „Westen“ gegen den „Osten“ auszuspielen und Forderungen nach Hilfe zu formulieren, deren substantielle Berechtigung bis heute niemand bestritten hat. Dem Ausmaß dieser Hilfe und den damit verbundenen wirtschafts- und ordnungspolitischen Forderungen begegneten die Industriestaaten jedoch mit Zurückhaltung und Vorbehalten.

1. Die Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklungsländer

Erste Konflikte zwischen den Entwicklungsländern und Industriestaaten zeichneten sich ab, als 1958 die Communauté zerbrach, der blutige Kampf der Algerier um ihre Unabhängigkeit (1962) zu einem politischen Kristallisationspunkt der Dritten Welt wurde und als neben der Frage der Entkolonialisierung der

In einer von der UNCTAD veröffentlichten Studie „Maßnahmen zur Nutzung der eigenen Möglichkeiten im Facharbeiterbereich“ heißt es u. a.: „Die Anzahl der Studenten der Dritten Stufe (gemeint sind die Hochschulen; d. Verf.) betrug 1950 in allen Entwicklungsländern 930 000 oder bloß 10% aller Studierenden in der Welt. Bis 1972 hatte sich diese Zahl auf 7 600 000 verachtfacht und der weltweite Anteil damit auf 25% erhöht. Es wird geschätzt, daß die Anzahl der eingeschriebenen Studenten an den Hochschulen in den Entwicklungsländern bis 1980 auf 15 Millionen und einen Anteil von dann 30% zugenommen haben wird... Zweifellos hat sich bei der Ausbildung von Fachkräften die Kluft zwischen dem Niveau in den bereits entwickelten und den noch zu entwickelnden Ländern rasch verkleinert.“ Policies for collective self-reliance in skilled manpower. Study by the UNCTAD-Secretariat, TD/B/C.6(AC.4)/8 vom 8. 2. 1978.

noch unter fremder Vorherrschaft stehenden Gebiete das südafrikanische Rassenproblem zu einem heiß umstrittenen Dauerthema der Vereinten Nationen wurde.

Die Mitgliedschaft dieser Organisation war Ende 1962 auf 105 angewachsen. Davon waren 30 afrikanische, 22 asiatische, 22 lateinamerikanische, 2 ozeanische und 27 europäische Staaten. Mit 72 Mitgliedern hatten die Entwicklungsländer eine Zweidrittelmehrheit. Sie betrachteten die Vereinten Nationen fortan als ein Forum, von dem aus sie an die Weltöffentlichkeit appellieren und zugleich den Industriestaaten, vor allem den „westlichen“, politisch Paroli bieten konnten.

Die Vereinten Nationen ihrerseits trugen dieser Majorität fortan in ihrer praktischen Arbeit Rechnung. Es wurden und werden alljährlich eine Fülle von Resolutionen verabschiedet, die vornehmlich den Interessen der Entwicklungsländer dienen (Maßnahmen zur Beseitigung des Hungers, der technischen Unterentwicklung und der Förderung von Ausbildung), sowie eine Reihe von Ausschüssen gebildet, die sich mit den besonderen Problemen einzelner Regionen in der Dritten Welt beschäftigen. Auch die Weltbank wandelte sich allmählich aus einer Bank für Wiederaufbau zu einer Bank für Entwicklungsprobleme der Dritten Welt.

Das erste spektakuläre Beispiel für den Vorrang der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen ist der am 19. Dezember 1961 einstimmig gefaßte Beschluß A/1710 (XVI), mit dem die sechziger Jahre zum „Jahrzehnt der Entwicklung“ erklärt wurden. Danach sollten die Mitgliedstaaten eine jährliche Wachstumsrate von 5 Prozent anstreben. Weiter sollten die entsprechenden Institute in den Mitgliedstaaten „die Mangelländer, die vom Export einer kleinen Zahl von Rohstoffen abhängig sind, dazu befähigen, eine größere Menge ihrer Produkte zu stabilen und lohnenden Preisen abzusetzen“. Weiter heißt es in dem Beschluß, die Entwicklungsländer sollten einen angemessenen Anteil an den Erträgen haben, die durch die Auswertung ihrer natürlichen Vorkommen durch fremdes Kapital erzielt werden.

Doch für dieses „Jahrzehnt der Entwicklung“ gab es keine Entwicklungspolitik, das heißt, es wurden keine konkreten Angaben darüber gemacht, wie diese in dem Beschluß lediglich aufgezählten Maßnahmen zu verwirklichen wären und jene 5 Prozent erreicht werden können.

Die „westlichen“ Industriestaaten hatten zwar schon 1960 im Rahmen der damaligen OEEC

eine Gruppe für Entwicklungshilfe (Development Assistance Group = DAG) gebildet zwecks „Prüfung verschiedener Aspekte der Hilfe an die unterentwickelten Länder“. Ihr Auftrag war, die von den „westlichen“ Industriestaaten geleistete Entwicklungshilfe zu analysieren und zu koordinieren. Mit konkreten Vorschlägen zum Beschluß über das „Jahrzehnt der Entwicklung“ hat diese Gruppe sich jedoch nicht beschäftigt. Jener Beschluß der Generalversammlung der VN (A/1710), dem Entwicklungsländer und Industriestaaten gemeinsam zugestimmt hatten, führte also nicht zu einem Miteinander der beiden Staatengruppen. Es blieb beim Nebeneinander.

2. Eine Weichenstellung und neue Initiativen

Die Industriestaaten, die nach Angaben der VN, der FAO und des Clubs von Rom damals mit 30 Prozent der Weltbevölkerung über drei Viertel der Reichtümer dieser Erde verfügten, meinten, obwohl politisch eine Minderheit, wirtschaftlich jedoch eine Übermacht, auch weiter ohne Rücksicht auf die Entwicklungsländer in Sachen Weltwirtschaft agieren zu können. Diese Haltung im Verein mit der aufkommenden Erkenntnis, daß die Sowjetunion den Entwicklungsländern keine entscheidende Entwicklungshilfe gewähren würde, führte zu einer Reaktion in der Dritten Welt, die eine Weichenstellung im Verhältnis zwischen „Nord“ und „Süd“ bedeutet.

Es gelang den damaligen Sprechern der Dritten Welt (Nasser, Nkrumah, Nehru, Touré, Sukarno, Tschu Enlai) Anfang der sechziger Jahre mit Hilfe der *afroasiatischen Konferenzen*²²⁾,

²²⁾ Zur Meinungsbildung der afro-asiatischen Regierungen bzw. Völker, nicht zuletzt im Hinblick auf die „westlichen“ Industriestaaten, waren Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre folgende Konferenzen von Belang:

1. Die Konferenz von Bandung vom 18. bis 24. April 1955 (29 Staaten hatten offizielle Regierungsvertreter entsandt).

2. Die erste Konferenz afro-asiatischer Völker in Kairo vom 26. Dezember 1957 bis 1. Januar 1958 (aus 45 Ländern waren etwa 500 Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen nach der ägyptischen Hauptstadt gekommen).

3. Die zweite Konferenz afro-asiatischer Völker in Conakry vom 11. bis 15. April 1960 (mit rund 400 Vertretern von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen aus 58 Ländern).

Nicht unmittelbar hierher gehören die rein afrikanischen Treffen. Der Vollständigkeit halber seien sie jedoch genannt. Wir haben zwischen solchen von Regierungsvertretern — „Conference of Independent African States“ — und solchen von Sprechern der Parteien, Gewerkschaften sowie anderen politischen Organisationen in Afrika zu unterscheiden — „All African People's Conference“ —.

zunächst ein kritisches Bewußtsein gegenüber den Industriestaaten zu erzeugen und sodann diese für die technische, wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit in den Entwicklungsländern verantwortlich zu machen. Dies war ein erster, wenn auch nicht für jedermann offenkundiger wirtschaftspolitischer Erfolg der Entwicklungsländer. Der zweite kündigte sich bereits an.

Ausgehend von der Zielsetzung des Jahrzehnts für die Entwicklung waren die Entwicklungsländer bemüht, durch eine neue Initiative die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, insbesondere der Industriestaaten, auf ihre Probleme und Maßnahmen zu deren Lösung zu lenken. Zu diesem Zweck beriefen sie eine „Konferenz über wirtschaftliche Entwicklungsprobleme“ vom 9. bis 18. Juli 1962 nach Kairo ein. Es erschienen Vertreter aus 34 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Letztere hatten sich zum ersten Mal der seit 1958 bestehenden „Afro-Asiatischen Solidarität“ angeschlossen. Mit Hilfe der von dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse erreichten sie nach langen Verhandlungen, daß die Generalversammlung der VN für die Zeit vom 23. März bis 15. Juni 1964 eine „Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung“ (UNCTAD) nach Genf einberiefen³³.

Die Regierungsvertreter tagten das erste Mal vom 15. bis 22. April 1958 in Accra [Ghana] (dort waren vertreten: Äthiopien, Ghana, Liberia, Libyen, Marokko, der Sudan, Tunesien und die Vereinigte Arabische Republik).

Die zweite Tagung war vom 14. bis 26. Juni 1960 in Addis Abeba [Äthiopien] (zu den Ländern, deren Sprecher an der ersten Konferenz in Accra teilgenommen hatten, waren die Vertreter der mittlerweile selbständig gewordenen Staaten, Guinea und Kamerun, getreten).

Eine dritte Tagung, vom 25. bis 31. August 1960 in Léopoldville (Kongo) — dort waren dreizehn Staaten vertreten — befaßte sich mit den Zuständen im ehemals belgischen Kongo, nicht aber mit allgemeinen afrikanischen Fragen. Diese wurden nur am Rande behandelt.

Die Organisation „All African People's Conference“ hat Afrikaner aus allen Schichten der Bevölkerung, sowohl aus souveränen wie aus politisch noch unselbständigen Gebieten in jenen Jahren dreimal versammelt:

Erste Tagung vom 5. bis 13. Dezember in Accra [Ghana] (278 Delegierte aus 28 Gebieten Afrikas).

Zweite Tagung vom 25. bis 31. Januar 1960 in Tunis [Tunesien] (73 politische und gewerkschaftliche Organisationen aus 32 afrikanischen Gebieten hatten 306 Vertreter entsandt).

Dritte Tagung vom 25. bis 30. März 1961 in Kairo [Ägypten] (700 Delegierte aus 20 unabhängigen und 16 noch nicht selbständigen Staaten des Schwarzen Kontinents).

³³) Zur Vorgeschichte der Konferenz s. Markus Timmler, Die Welthandelskonferenz in Genf, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Köln 1964, S. 3ff.

Damit erfuhren die afro-asiatischen Konferenzen zur Überraschung der Industriestaate eine weltweite Ausdehnung. Angesichts der Veranstalter, nämlich der Vereinten Nationen, sahen sich die entwickelten Länder verpflichtet, der Konferenz beizuwohnen und sich dieser neuen Entwicklung zu stellen.

3. Die „Schlußakte“ von 1964

Nach drei Monate langen, zähen Verhandlungen wurde ein sehr umfangreiches Dokument, die sogenannte „Schlußakte“ (Final Act) einstimmig verabschiedet³⁴). Sie besteht aus fünfzehn „Allgemeinen“ und dreizehn „Besondere Grundsätzen“. Ihnen folgen in Anhängen Empfehlungen zur Lösung der einzelnen wirtschaftlichen Probleme, einschließlich solcher Maßnahmen, „deren Durchführung ... bereit entwickelten Ländern empfohlen wird“.

In dieser Schlußakte finden wir bereits alle die Angelegenheiten behandelt, die bis heute die internationalen Diskussionen über Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik nicht nur in den Vereinten Nationen, sondern auch in den nationalen Regierungen beherrschen, angefangen von den verschiedenen Aspekten der Rohstoffe (einschl. der Indexierung), der Industrialisierung, des Technologietransfers, des Handels (auch des Transithandels), der Handelspraktiken, der finanziellen Hilfestellungen (0,7 Prozent des Bruttosozialprodukt [BSP] an öffentlicher Hilfe, 1 Prozent des BSP an Hilfe überhaupt, also öffentliche Hilfe + private Subventionen und Geschenke), des Programms für Welternährungshilfe, der Mangel- und küstenfernen Länder, der Ersatz natürlicher Rohstoffe durch Synthetika, der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern bis hin zur Interdependenz von Kapital, Handel und Entwicklungshilfe sowie zur Umstrukturierung und Förderung ausländischer Privatinvestitionen. Kurz, hier wurde eine Tagesordnung aufgestellt, deren einzelne Punkte die internationalen Organisationen bis heute beschäftigt hat und dies noch auf viele Jahre tun wird, wobei auch Fragen der Schifffahrt, der Währung und der Versicherung sowie Rückversicherung nicht ausgenommen sind.

Außerdem veröffentlichte die „Gruppe der 77“³⁵) zum Ergebnis der Konferenz eine „Ge-

³⁴) Ebenda, S. 55ff.

³⁵) Die „Gruppe der 77“ ist während der UNCTAD 1964 in Genf entstanden. Als die Vertreter der Entwicklungsländer im Laufe jener Tagung erkennen mußten, daß sie sich einzeln gegenüber den Industriestaaten mit ihren Forderungen nicht durchsetzen konnten, und daß einige von ihnen dem Einfluß ehemaliger Kolonialmächte zu erliegen drohten,

meinsame Erklärung", die der Schlußakte angefügt ist. Danach sehen die Entwicklungsländer die „abschließenden Empfehlungen der Konferenz (die Schlußakte; d. Verf.) nur als einen ersten Schritt in Richtung auf eine internationale Bestätigung (endorsement) einer neuen Handelspolitik für die Entwicklung" an und als „einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Schaffung einer neuen und gerechten wirtschaftlichen Ordnung in der Welt“.

Die Entwicklungsländer hatten auch die Aufnahme zweier Empfehlungen an die Vollversammlung der VN in die Schlußakte erreicht, Empfehlungen, auf die sie besonderen Wert legten. Die eine besagt, „die gegenwärtige Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung soll den Status eines Organs der Vollversammlung erhalten" (Anhang A.V. 1). Die andere empfiehlt der Vollversammlung, „auf ihrer XIX. Tagung geeignete Schritte im Hinblick auf die Errichtung einer Sonderorganisation für Industrielle Entwicklung zu unternehmen (A. III. 1).

Beide Forderungen sind inzwischen erfüllt. Die Welthandelskonferenz wurde mit Beschluß 1995 der XIX. Vollversammlung schon am 30. Dezember 1964 ein Organ der VN³⁶). Die Verhandlungen über den Status der UNIDO (United Nations' Industrial Develop-

ment Organization, Organisation der Vereinten Nationen für die Industrialisierung) als einer Sonderorganisation (Special Agency) dauerten erheblich länger. Bei dem quälenden Tauziehen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern setzten sich letztere erst am 8. April 1979 durch³⁷).

Nachdem es den Entwicklungsländern, wie erwähnt, im Zusammenhang mit der Erklärung der sechziger Jahre zum „Jahrzehnt der Entwicklung" gelungen war, die Industriestaaten für ihre Entwicklung indirekt verantwortlich zu machen, waren die Einberufung einer Weltkonferenz für Handel und Entwicklung und die von ihr einstimmig verabschiedete Schlußakte der zweite, dieses Mal offenkundige und folgenreiche wirtschaftspolitische Erfolg der Entwicklungsländer.

Hier könnte im Hinblick auf Ausmaß und wirtschaftspolitische Tragweite dieser Schlußakte auf den Grundsatz der Freiwilligkeit als Basis der Arbeit der VN hingewiesen werden: Es ist richtig, daß die Beschlüsse der VN rechtlich nicht bindend sind; d. h., eine Regierung ist nicht verpflichtet, sich einem angenommenen Antrag entsprechend zu verhalten, selbst dann nicht, wenn sie selbst diesen Antrag eingebracht haben sollte. Doch der mit der Zustimmung zu einem Beschluß eingegangenen Verpflichtung kann sich auf die Dauer keine Regierung entziehen, wie die Erfahrung täglich lehrt. Sie wird immer wieder an das eingegangene politische Obligo erinnert.

4. Das Verhalten der Industriestaaten

Nach UNCTAD I (1964 Genf) hofften die Entwicklungsländer auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Industriestaaten, zumal nicht nur der damalige deutsche Wirtschaftsminister Schmücker in seiner Rede vor der Konferenz erklärt hatte: „Die Geschichte der letzten Jahre hat uns gelehrt, daß wir eine Lösung nicht mehr isoliert suchen können“, und an anderer Stelle formuliert hatte: „Keine Nation und keine Gruppe von Nationen kann für sich allein den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Bevölkerung gerecht werden.“³⁸) Auch Sprecher anderer Industriestaaten hatten sich ähnlich kooperativ geäußert.

Doch die Hoffnungen der Entwicklungsländer trogen. Sie mußten feststellen, daß sie Objekte eines wirtschaftspolitischen Kräftespiels bleiben sollten, dessen Regeln sie nicht aufgestellt hatten, dessen verschlungene Pfade sie nicht

³⁷) Dokument der VN: A/Conf.90/19.

³⁸) M. Timmler, Die Welthandelskonferenz in Genf, a. a. O., S. 23.

hinreichend kannten und auf das ihnen jeder Einfluß verwehrt wurde (GATT, Weltbank, Weltwährungsfonds).

Als England am 18. September 1967 das Pfund um 14,3 Prozent und Frankreich zwei Jahre später am 8. August 1969 den Franken um 12,5 Prozent abwerteten, als Nixon am 21. August 1971 die amerikanische „Neue Wirtschaftspolitik“ verkündete (u. a. Einstellung der Konvertibilität des Dollars in Gold; Import-Abgaben) und am 18. Dezember 1971 die Währungsparität zwischen Gold und Dollar neu festgesetzt wurde, wobei der Dollar 8 Prozent an Wert verlor, fühlten sich die Entwicklungsländer bewußt getäuscht; denn zu allen diesen Maßnahmen waren sie vorher weder befragt noch darüber unterrichtet worden.

Im Gegenteil: Vor den Abwertungen, besonders vor dem Realignment (wörtlich: Wiederanpassung; in diesem Fall: Neufestsetzung der Währungsparitäten zu Gold und Dollar), hatte man ihnen nachdrücklich versichert, daß ihre in Pfund, Franken und Dollar angelegten Reserven absolut sicher wären. Über Nacht wurden durch diese Maßnahme die ohnehin kargen Reserven der Entwicklungsländer um Milliarden geschmälert. Allein durch die Abwertung des Dollars verloren die Entwicklungsländer laut Angaben des damaligen Generalsekretärs der UNCTAD (Perez Guerrero) über eine Milliarde Dollar.

Das Vertrauen der Entwicklungsländer in Wert- und Ordnungssysteme der Industriestaaten begann nun merkbar zu schwinden. Die Bereitschaft zur Kooperation machte mehr und mehr Vorbereitungen auf eine Konfrontation Platz. Die Industrieländer waren jedoch so sehr mit sich selbst beschäftigt, daß sie diese Wandlung nicht zur Kenntnis nahmen. Die Feststellung der damaligen Premierministerin von Indien, Indira Gandhi, in ihrer Eröffnungsrede zur UNCTAD II (1. 2. 1968), „die Frage ist nicht, ob die Industriestaaten es sich leisten können, den Entwicklungsländern zu helfen, die Frage ist vielmehr, ob sie es sich leisten können, ihnen nicht zu helfen“, diese Feststellung wurde von den Industriestaaten mehr als oratorische Delikatesse gewertet denn als Anregung zum Nachdenken begriffen.

Auch die Maßnahmen der Erdöl fördernden Länder gegenüber den ausländischen Gesellschaften (Erhöhung der Steuern, der Beteiligungen sowie Enteignungen in Libyen und Algerien) waren für die Industriestaaten kein Anlaß, ihr Verhältnis zu den Entwicklungsländern zu überdenken.

Schließlich machten auch die Ausführungen des damaligen Generalsekretärs der OPEC,

des Algeriers Khane, vor Vertretern des Bergbaus in Bad Godesberg wenige Tage vor Ausbruch des Krieges im Nahen Osten und damit der Ölkrise im Jahre 1973 keinerlei Eindruck. Khane wies nachdrücklich auf die Endlichkeit der Erdölvorkommen hin sowie auf die Konsequenzen, die sich daraus für die Industriestaaten zwangsläufig ergeben würden, er mahnte die „Idee des Wachstums um ihrer selbst willen“ zu überprüfen und sagte u. a.: „Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es nicht einfach ist, den Menschen, die so viel Komfort und Überfluß genießen, vorzuschlagen, ihren Lebensstil zu ändern, ihren jetzigen hohen Lebensstandard gegen einen weniger hohen einzutauschen.“³⁹⁾

Selbst der Ölchock, der dem Yom-Kippur-Krieg folgte, wirkte nur vorübergehend alarmierend und hatte insofern keine nachhaltige Wirkung, als er nicht zu Maßnahmen für eine zweckmäßigere Verwendung des Erdöls führte. Er wurde sehr bald als wirtschaftlicher „Betriebsunfall“ gewertet, der sich allerdings nicht wiederholen dürfe. Darum wurden Vorratslager angelegt und Aufträge zur Erforschung anderer Energiequellen vergeben.

Mit der Erhöhung der Preise fand man sich bald ab, zumal nun die kostspielige Förderung in der Nordsee und in Alaska rentabel wurde. Die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage jener Entwicklungsländer, die kein Öl haben, insbesondere die der Mangelländer⁴⁰⁾, erschien den Industriestaaten nicht alarmierend, weil die OPEC-Staaten ihre von einigen Ländern (Kuwait, Saudi-Arabien, Afro-Arabische Entwicklungsbank) seit Jahren ge-

³⁹⁾ Jens Friedemann, Die Scheiche kommen, a. a. O. S. 50 f.

⁴⁰⁾ Die Mitgliedstaaten der UNCTAD sind unter vornehmlich wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Kriterien in Gruppen eingeteilt. Zur Gruppe A gehören die Entwicklungsländer Afrikas und Asiens, zu Gruppe B die demokratisch regierten Industriestaaten (der „Westen“), zu Gruppe C die lateinamerikanischen Entwicklungsländer und zu Gruppe D die kommunistisch regierten industrialisierten Staaten (der „Osten“). Die Gruppen A und C bekennen sich zur „Gruppe der 77“, sie umfaßt gegenwärtig 119 Entwicklungsländer.

Nach dem Stande ihrer Entwicklung unterscheidet man bei diesen 119 Ländern zwischen Mangelländern (einschließlich der küstenfernen Länder und der Inseln), den am meisten betroffenen Ländern (von der Erhöhung der Öl-Preise und ihren Folgen), den eigentlichen Entwicklungsländern und den Schwellen-Ländern (an der Schwelle der Entwicklung aus eigener Kraft). In Mangelländern beträgt das Brutto-Sozial-Produkt (BSP) pro Jahr 100 Dollar oder weniger, sind nur 20% oder weniger der Bevölkerung unter 15 Jahren des Lesens und Schreibens kundig und erarbeitet die Gewerbliche Wirtschaft 10% oder weniger des BSP (Dok. E 4990 vom 2. 4. 1971). Siehe auch Walt W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960, S. 20.

leistete Hilfe für die besonders betroffenen Entwicklungsländer merkbar erhöhten und die Weltbank sowie der Währungsfonds verschiedene „Facilitäten“ für sie eröffneten.

5. Eine weitere Etappe in der Auseinandersetzung „Nord-Süd“

Als der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing auf einer Pressekonferenz am 27. Oktober 1974 Verhandlungen zwischen den Erdöl exportierenden und den importierenden Ländern vorschlug, stellten sich die OPEC-Staaten auf eine Initiative des algerischen Staatspräsidenten Boumedienne zum ersten Mal demonstrativ an die Seite der übrigen Entwicklungsländer: Sie erklärten sich zu solch einem Treffen nur bereit, wenn dabei auch die übrigen Rohstofffragen, und zwar zusammen mit allen Entwicklungsländern, diskutiert würden.

Durch dieses gemeinsame Vorgehen wurde dann die 6. Sonderkonferenz der VN (9. April bis 2. Mai 1974) im Nachhinein vollends zu einem Erfolg der „Gruppe der 77“. Es war übrigens die erste Sonderkonferenz der VN, die wirtschaftlichen Angelegenheiten gewidmet war, und zwar denen der Entwicklungsländer. Sie führte zur einstimmigen Verabschiedung der Beschlüsse 3201 (S—VI) und 3202 (S—VI). Diese beinhalteten eine „Erklärung über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ und ein „Aktionsprogramm“ zu ihrer Verwirklichung. Beide Beschlüsse entsprachen den Wünschen und Vorschlägen der Dritten Welt.

Jüngste Proben ihrer wirtschaftspolitischen Strategie haben die Entwicklungsländer im allgemeinen und die 13 OPEC-Staaten im besonderen während der UNCTAD V (7. Mai bis 3. Juni 1979) in der Hauptstadt der Philippinen, Manila, gegeben. Die Konferenz beschäftigte sich gemäß einer 21 Punkte umfassenden Tagesordnung in Plenarsitzungen, Arbeits- und Kontaktgruppen mit allen Angelegenheiten der Zusammenarbeit zwischen 119 Entwicklungsländern und 24 demokratisch sowie neun kommunistisch regierten industrialisierten Staaten. Zwangsläufig standen im Mittelpunkt der Debatten und Verhandlungen die zahlreichen Schwierigkeiten unserer zur Zeit von Krisen geschüttelten Weltwirtschaft.

Doch das Problem, das zur Zeit alle Regierungen dieser Welt vorrangig beschäftigt, nämlich die Energiefrage, wurde offiziell nicht behandelt. Wie ist das zu erklären?

Um die Antwort vorweg zu nehmen: Die OPEC-Staaten wollten ihre politischen und

ökonomischen Trümpfe nicht aus der Hand geben, bevor die Ergebnisse der UNCTAD V feststanden und bevor sie auf ihrer damals noch bevorstehenden Tagung in Genf (26. bis 28. Juni 1979) ihre Ansichten über das wirtschaftspolitische Vorgehen gegenüber den ölverbrauchenden Ländern ausgetauscht hatten.

Als daher eine Woche nach Beginn der UNCTAD V Costa Rica, unterstützt von Kolumbien, innerhalb der „Gruppe der 77“ den Antrag stellte, den problemgeladenen Komplex Erdöl in den Kreis der Angelegenheiten einzubeziehen, die in dem wichtigen Punkt 8 der Tagesordnung behandelt wurden, sprachen sich die 13 OPEC-Staaten, vor allem die arabischen, dagegen aus. Zur Diskussion aller Energieprobleme, so argumentierten sie, sei für 1980 eigens eine „Welt-Energie-Konferenz“ vorgesehen. Außerdem nähmen sie nicht als Gruppe an dieser UNCTAD V teil, sondern jeder einzelne Staat sei als individuelles Mitglied bei dieser Konferenz vertreten. An diesen Gegebenheiten ändere auch nichts die Tatsache, daß die Organisation Erdöl exportierender Länder als solche gleich anderen Organisationen bei der UNCTAD einen Status als Beobachter habe.

Fast bis zum Schluß der Konferenz wurde gestritten. Als die Entwicklungsländer merkten, daß durch den Streit über diese Frage die Einheit der „Gruppe der 77“ gefährdet werden könnte, schlugen sie sich auf die Seite der OPEC-Staaten. Schließlich wollte niemand die von dorthier reichlich fließenden Hilfgelder aufs Spiel setzen.

7. OPEC wird Speerspitze der „Gruppe der 77“

Ihrerseits nutzte die OPEC die Situation, um sich bei den Entwicklungsländern ins rechte Licht zu rücken, indem sie das Verhalten der Industriestaaten und der transnationalen Ölgesellschaften aus ihrer Sicht darstellte.

Sie berief am 30. Mai eine Pressekonferenz ein. Diese wurde aber nicht von einem ihrer Mitglieder, sondern vom Sekretariat der OPEC bestritten, die, wie erwähnt, bei der UNCTAD als Organisation einen Beobachterstatus hat. Sprecher bei dieser Konferenz war auch nicht ihr Generalsekretär, sondern der Abteilungsleiter für Wirtschaft und Entwicklung, Adnan Al-Janabi.

Dieser stellte unter anderem fest, daß die OPEC-Staaten, ungeachtet des teilweisen Ausfalls der Lieferungen aus dem Iran während der ersten Monate dieses Jahres, täglich

eine Million Faß (1 Faß = 159 Liter) Öl mehr gefördert hätten als während desselben Zeitabschnittes 1978. Für die Verknappung des Öls seien also nicht die OPEC-Länder, sondern

a) die Industriestaaten verantwortlich, die ihre Vorräte weit über Gebühr erhöht hätten und

b) vor allem die internationalen Ölgesellschaften, die unter Ausnutzung der gegenwärtig undurchsichtigen Verhältnisse in Rotterdam und an anderen Stellen nicht vertragsgebundene Mengen zu jedem Preis aufkauften. Zu Unrecht würde daher die Verantwortung für die hohen Preise den OPEC-Staaten zugeschrieben.

Al-Janabi verwies weiter darauf, daß die sieben großen amerikanischen Ölgesellschaften⁴¹⁾ allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres (1979) einen Gewinn von 2,5 Mrd. Dollar gemacht hätten. In der gleichen Zeit hätte die Kaufkraft des Dollars, den die OPEC-Staaten für ihr Öl erhielten, infolge von Inflation und steigenden Preisen für die Importe aus Industriestaaten ständig abgenommen. Daher betrage der reale Gegenwert, den die OPEC-Staaten für ein Faß Öl erhielten, gegenüber der Zeit vor einem Jahr nur noch 8 bis 9 Dollar.

Man dürfe in diesen Zusammenhängen auch nicht vergessen, sagte der Sprecher weiter, daß die OPEC-Staaten erst Ende April begonnen hätten, ihre Preise zu erhöhen, und zwar, nachdem sie feststellen mußten, was die Ölgesellschaften für das noch zu günstigen Preisen erworbene Öl verlangten.

Weiter sagte Al-Janabi, daß die von den OPEC-Staaten vorgenommenen Preiserhöhungen einen Anteil an der gesamten Schubkraft der Inflation von lediglich 1,3 bis 1,6 Prozent hätten. Er berief sich dabei auf Untersuchungen der UNCTAD und der Weltbank. Für die übrigen rund 98,5 Prozent seien die Industriestaaten verantwortlich.

Schließlich kam der Vertreter der OPEC darauf zu sprechen, in wie unterschiedlicher Weise die Entwicklungsländer einerseits an den erhöhten Einnahmen der ölexportierenden Staaten, andererseits an den steigenden Steuereinnahmen beteiligt würden, die den Regierungen der Industriestaaten aus den er-

höhten Ölpreisen zufließen⁴²⁾. Während die OPEC-Staaten ihre öffentliche Hilfe für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ständig und merkbar erhöht hätten, stagniere die der DAC-Staaten oder sei sogar zurückgegangen.

Die Geschenke oder Kredite zu günstigen Bedingungen der OPEC-Staaten an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen seien zwischen 1973 und 1976 von 1142 Mill. auf 5371 Mill. Dollar, also um rund 480 Prozent angestiegen, die der DAC-Staaten nur um 50 Prozent, nämlich von 9144 Mill. auf 13583 Mill. Dollar. Das seien 2,21 Prozent des Brutto-National-Produkts der OPEC-Staaten gewesen gegenüber 0,33 Prozent im Durchschnitt der Industriestaaten. Die Prozentzahlen für die gesamte Hilfe an die Entwicklungsländer (öffentliche und private) lauteten 3,78 Prozent des BNP der OPEC-Staaten und 0,43 Prozent der DAC-Länder. Das sei der Durchschnitt aller OPEC-Staaten. Einige gäben weniger, andere dafür um so mehr, und zwar bis zu 15 Prozent. Gemeint waren offenbar Kuwait und Katar⁴³⁾.

Diese Angaben des Sprechers der OPEC-Organisation blieben in Manila unwidersprochen; mehr noch, einzelne Angaben wurden durch drei sogenannte „Hintergrundpapiere der Vereinigten Staaten bestätigt⁴⁴⁾).

Die eben geschilderten Vorgänge sowie zahlreiche Gespräche hierüber mit Angehörigen der OPEC-Staaten und anderen Vertretern der „Gruppe der 77“ haben folgendes Bild ergeben:

1. Den Ländern der Dritten Welt ist in Manila nachdrücklich bewußt geworden, welche Bedeutung die OPEC-Staaten für ihre allgemeine ökonomische Entwicklung und für die Ver-

⁴²⁾ Die Industriestaaten erheben auf das in ihren Ländern verkaufte Öl bzw. auf dessen Derivate, also auf die Erzeugnisse, die aus diesem Öl gewonnen werden, Steuern. In der Bundesrepublik z. B. kassierte der Staat von jeder Mark, die ein Liter Super-Benzin Ende Juli 1979 kostete, 0,56 DM.

⁴³⁾ Siehe hierzu die Dokumente: Financial Solidarity for Development, United Nations, New York 1977, Sales No. E.77.IID.4, und die Zusammenstellung Nr. 31 in dem Bericht des Sekretariats der UNCTAD TD/B/C/7/31 (Summary).

⁴⁴⁾ Diese Papiere wurden unter dem Datum vom 28. 5. 1979 von der amerikanischen Botschaft allen Teilnehmern der Konferenz zugänglich gemacht. Die Papiere behandeln folgende Themen: „OPEC-Länder: Ansteigen des Überschusses der laufenden Zahlungsbilanz“; „Auswirkungen der Energiepreise auf Mangelländer“ (das sind die 31 am wenigsten entwickelten Länder — least developed countries; s. Anm. 40), und „OPEC-Länder: Gewinne bei den Kosten-Preis-Verhältnissen (terms of trade). Wie es zu den Erhöhungen der Ölpreise in letzter Zeit gekommen ist, wird in den Papieren nicht gesagt.“

⁴¹⁾ Gemeint waren die sogenannten Sieben Schwestern, nämlich die Exxon (früher Standard Oil of New Jersey), Texaco, Standard Oil of California, Mobil Oil, Gulf Oil, die Royal Dutch/Shell und British Petroleum (BP). Diese sieben multinationalen Unternehmen beherrschten bis Ende der sechziger Jahre das Ölgeschäft vom Bohrloch bis zur Tankstelle.

wirklichung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele haben. Die Entwicklungsländer sind nicht mehr so ausschließlich auf die finanzielle Hilfe der Industriestaaten angewiesen, wie noch bis vor wenigen Jahren. Während die DAC-Länder 1973 noch 88,9 Prozent der Hilfe für die Dritte Welt bestritten, ist dieser Anteil bis 1976 auf 71,7 Prozent zurückgegangen. Dem entsprechend hat der Anteil der OPEC-Staaten von 11,1 auf 28,3 Prozent zugenommen. Er hat 1977 und 1978 stagniert bzw. ist zurückgegangen, dürfte nach bisher vorliegenden Zahlen 1977 aber etwa ein Drittel der gesamten Hilfe für die 119 Entwicklungsländer betragen.

2. Dadurch hat sich das politische Prestige dieser Staaten innerhalb der „Gruppe der 77“ weiter gefestigt. Dies wurde zum ersten Mal offenbar, als die Olländer 1973, unmittelbar nach dem Yom-Kippur-Krieg, darauf drangen, daß die afrikanischen Staaten ihre Beziehungen zu Israel abbrechen, und dafür der „Organisation für die Afrikanische Einheit“ ihre materielle Hilfe zur Entwicklung afrikanischer Staaten anboten.

IV. Ständige Verbesserung der Verhandlungs- und Machtposition der Dritten Welt

Diese „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ (NIEO = New International Economic Order) ist ein Thema, das seit nunmehr über fünf Jahren, seit der 6. Sonderkonferenz der VN 1974, die Debatten aller internationalen Konferenzen beherrscht. Die Forderung wurde von den Entwicklungsländern erhoben, nachdem sie festgestellt hatten, daß

— alle Initiativen, die zur Lösung des Entwicklungsproblems unternommen worden sind, nach Meinung aller als ein Mißerfolg angesehen werden müssen, weil sie bestenfalls mehr einem Notbehelf als einer konkreten Lösung ähneln⁴⁵⁾,

— es seit 1964 (Verabschiedung der Schlußakte) nicht zu Gesprächen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern gekommen ist, die auch die geistigen, kulturellen, religiösen und sozialen Fundamente der Dritten Welt einbeziehen, Fundamente, ohne deren Berücksichtigung das zeitbedingte Geschäft und die zeitbedingte Entwicklungshilfe nicht zu einer dauernden, für alle Beteiligten einträglichen, friedensstiftenden, schöpferischen Zusammenarbeit zwischen „Nord“ und „Süd“ führen können,

3. Über Strukturen und Lösungen der einzelnen Probleme gehen die Meinungen der verschiedenen Gruppen innerhalb der Dritten Welt (afrikanische, asiatische, lateinamerikanische Länder) zwar zunehmend auseinander. Gemeinsame Erfahrungen in der Vergangenheit (Kolonialismus, anhaltende Erschließung und Nutzung ihrer Länder zu überwiegendem Vorteil der Industriestaaten, wenn nicht gar auf Kosten der Entwicklungsländer, sowie Mißachtung ihrer Traditionen) haben aber seit den fünfziger Jahren politische Affinitäten in der Dritten Welt erzeugt, die bisher bei allen wichtigen Entscheidungen die besonderen Interessen einzelner Staaten in den Hintergrund gedrängt haben.

4. Bisher schon Schlüsselfiguren im Nahostkonflikt, sind die OPEC-Staaten nunmehr zur Speerspitze der Dritten Welt gegenüber den Industriestaaten sowie die Schrittmacher der Entwicklungsländer bei der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) und nach einer Umstrukturierung der Beziehungen zwischen „Nord“ und „Süd“ geworden.

— an die Stelle der politischen De-jure-Entkolonialisierung nach dem Kriege de facto eine wirtschaftliche Kolonialisierung getreten ist⁴⁶⁾.

Angesichts der Zweifel und Kritiken der Entwicklungsländer an der Marktwirtschaft ist festzustellen, daß weder Industriestaaten noch Entwicklungsländer mit der Forderung nach einer NWWO eine bestimmte Vorstellung verbinden. Der „Süden“ stellt lediglich fest, daß die bisherige Wirtschaftsordnung „ebenso ungerecht und veraltet ist wie die koloniale Ordnung, aus der sie sich entwickelt hat und ihren Inhalt bezieht“, und daß sie nicht geeignet sei zur Lösung der Entwicklungsprobleme.

In den Industriestaaten ist die Meinung sogar über die *Notwendigkeit* einer NWWO geteilt.

⁴⁵⁾ Dazu stellt eine Studie der VN u. a. fest: Vier Fünftel aller Einnahmen der jungen Staaten resultieren aus den Exporten von etwa zwölf Rohstoffen, Erdöl ausgenommen. Das ergibt Erträge von insgesamt 30 Milliarden Dollar. Wenn diese Rohstoffe im Lande verarbeitet würden, dann würde sich ihr Wert auf 200 Milliarden erhöhen. Gegenwärtig kommt die Steigerung des Wertes vornehmlich den Industriestaaten zugute (World Industry since 1960, Progress and Prospects, United Nations, New York 1979, S. 33ff., und: Mineralische Rohstoff-Märkte und Perspektiven, Studienreihe Nr. 21 des Bundesministeriums für Wirtschaft, Bonn.)

⁴⁶⁾ Dok. A/PV. 2208 vom 10. 4. 1974.

Kleinere Länder stehen dem Gedanken nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Die wirtschaftlich führenden Industriestaaten hingegen wenden sich gegen jede Änderung der bestehenden Ordnung mit dem Argument, daß diese sich jahrzehntelang bewährt habe. Der Wiederaufbau nach dem Kriege in der „westlichen“ Welt sei nach diesem Ordnungssystem erfolgt. Die positiven Ergebnisse seien jedermann bekannt. Man möge daher die Spielregeln dieses Ordnungsprinzips, nämlich der freien sozialen Marktwirtschaft, nur konsequent anwenden, dann würde auch die Entwicklung der Dritten Welt erfolgreich sein.

Hier wenden die Entwicklungsländer zunächst ein, daß die Regeln des bestehenden Wirtschaftssystems aufgestellt und die Institutionen für sein Funktionieren (IWF, Weltbank und GATT) geschaffen wurden, als es die Begriffe Entwicklungsland, Dritte Welt und Entwicklungshilfe sowie die damit verbundenen Probleme noch nicht gab. Diese Institutionen, so wird gesagt, dienen und dienen, wenn auch immer weniger effektiv, vornehmlich ihren Schöpfern, nämlich den Industriestaaten. Die verschiedenen Fonds, Facilitäten und andere Ad-hoc-Maßnahmen, die zugunsten der Entwicklungsländer geschaffen wurden, könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Wirtschaftssystem sich oft als wenig geeignet erwiesen habe zur Bewältigung eigener Schwierigkeiten und solcher Probleme, die in den Industriestaaten selbst ihren Ursprung haben, wie Inflation, Rezession, Arbeitslosigkeit, Währungsverfall.

Zum anderen hätte sich — nicht zuletzt als Folge dieses Wirtschaftssystems — die allgemeine Lage der Entwicklungsländer während der beiden letzten Dekaden eher verschlechtert als verbessert. Trotz nominaler Zunahme des Handels und der Industrieproduktionen habe sich der Abstand zwischen arm und reich vergrößert. 600 Millionen Menschen lebten, vom Tode bedroht, am Rande des Existenzminimums. Daher müsse das Wirtschaftssystem geändert werden.

Weiter wird von Mitgliedern der „Gruppe der 77“ darauf verwiesen, daß die Marktwirtschaft in weiten Teilen der Dritten Welt gar nicht angewendet werden kann, weil hier, anders als in den Industriestaaten, die geistigen und materiellen Voraussetzungen dafür fehlten. Außerdem würden marktwirtschaftliche Begriffe in den Entwicklungsländern oft nicht verstanden. Mit Worten wie „marktkonform“ oder „marktgerecht“ verbinde man in der Dritten Welt keinerlei Anleitung für die Praxis, und bei dem Hinweis etwa, man dürfe am Markt nicht vorbeiproduzieren, werde gefragt: Was

heißt das? An welchem Markt vorbeiproduzieren? An dem in Nepal, in den USA oder in Obervolta?

Große Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern seien überdies erst dabei, sich von der Subsistenzwirtschaft zu lösen. Ihnen sind Begriffe wie „Optionshandel“ oder „Termingeschäft“ unbekannt, und was Lombardsatz, Primerate oder Unsichtbare Handelschranken bedeuten, wisse allenfalls die kleine Zahl von Vertretern der Entwicklungsländer, die in Genf, Washington oder sonstwo bei internationalen Konferenzen ihre Regierungen vertreten.

In diesen Zusammenhängen wird auch auf die EG-Marktordnungen und andere dirigistische bzw. protektionistische Maßnahmen verwiesen. Ihre Kosten betragen für 1979 knapp 24 Mrd. DM. Fast 10 Mrd. DM davon werden allein zur Finanzierung der Milcherzeugung und der Milchverarbeitung ausgegeben. Die Kommission habe im Juli 1979 bekanntgegeben, daß ihr vor fünf Jahren nur 60 importerschwerende nationale Verstöße bekanntgewesen seien. „Mittlerweile wären es 500 — nicht gerechnet die Dunkelziffern“. Schließlich habe der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V. am 6. Juni 1978 über protektionistische Maßnahmen der EG eine elf Seiten lange Liste veröffentlicht.

Wenn das alles noch Marktwirtschaft ist, wie ist dann *das* marktwirtschaftliche Lenkungsprinzip beschaffen, das nach der Erklärung des deutschen Außenministers vor der 7. Sonderkonferenz „allein geeignet ist, die Arbeitsteilung zwischen über 150 Staaten zu koordinieren“? „Vertrauen“, so sagte der deutsche Wirtschaftsminister am 6. Dezember 1977 vor mittleren Unternehmen in Baden-Baden, „ist eine empfindliche Pflanze — das gilt auch für das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung“. Eben dieses Vertrauen in die Marktwirtschaft ist in den Entwicklungsländern — und nicht nur dort — nicht mehr gegeben.

Zugleich damit haben die Entwicklungsländer auch generell ihren Glauben an die Orientierungsfunktion des „Nordens“ für ihr eigenes Verhalten verloren.

Diese Entwicklung begann mit dem erwähnten Zerbrechen der Communauté und der Kritik an dem Verhalten der ehemaligen Kolonialmächte während der afro-asiatischen Konferenzen. Sie wurde beschleunigt durch das vorstehend skizzierte Vorgehen der führenden Industriestaaten des „Westens“ während der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre im Zusammenhang mit den Abwertungen und führte schließlich zur Konfrontation während

der Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) 1975/76 in Paris. Sie erreichte ihren bisherigen Höhepunkt in dem ultimativen Abbruch der Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds und über ein Lomé-II-Abkommen, sowie in den eingangs wiedergegebenen Äußerungen Yamanis und Husseins.

Gefördert wird die abnehmende Wertschätzung der Industriestaaten durch ihr Verhalten bei Abstimmungen in internationalen Konferenzen. Wenn einige Industriestaaten sich nicht gegen einen Beschluß aussprechen, sondern ihm — aus welchen Gründen auch immer — zustimmen, dann aber in einer nach der Abstimmung abgegebenen Erklärung ihre Zustimmung praktisch wieder zurücknehmen, wie dies z. B. bei UNCTAD IV im Zusammenhang mit dem Beschluß 93 (Integriertes Rohstoffprogramm) geschah, dann mag das als di-

plomatisches Geschick hingestellt werden, bei den betroffenen Entwicklungsländern aber mindert es den Glauben an die Zuverlässigkeit des Verhandlungspartners⁴⁷⁾.

Außerdem schwächt es auch die Verhandlungsposition der Industriestaaten, wenn sie in anderen Fällen zunächst hinhaltend Widerstand leisten, dann ultimativ einen Vorschlag machen, diesen für „endgültig“, gewissermaßen als „letztes Wort“ erklären (non négociable), schließlich aber doch weitere Zugeständnisse machen (so geschehen bei den Lomé-II-Verhandlungen), oder wenn sie — wie im Falle der OPEC — Angaben, die ihren Behauptungen entgegenstehen, unwidersprochen hinnehmen.

So ist es dahin gekommen, daß das Verhältnis zwischen „Nord“ und „Süd“ mehr und mehr von Konfrontation und Ultimativen bestimmt wird.

V. Ausblick

Bei beiden Gruppen, den Industriestaaten wie den Entwicklungsländern, ist, was ihre wechselseitigen Beziehungen angeht, eine gewisse Schizophrenie festzustellen. Die Industriestaaten benötigen die Rohstoffe der Dritten Welt und die Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse in jenen Ländern. Sie meinen aber nach wie vor, der Dritten Welt vorschreiben zu können, nach welchen ökonomischen Ordnungsprinzipien und Methoden diese ihre Rohstoffe zu verkaufen hätten. Andererseits können die Entwicklungsländer bei aller Skepsis gegenüber den Industriestaaten, deren Vorbildcharakter mehr und mehr verblaßt ist, sich dem Zauber der Industriewelt und ihrer Erzeugnisse bis zum heutigen Tage oft (noch?) nicht entziehen.

In vielen Staaten Afrikas werden nicht mehr *Kassava*, *Yam*, *Hirse* und *Sorghum*, sondern *Reis* und *Brot* gegessen, die, da sie nicht im Lande erzeugt werden, wie z. B. im Tschad, aus den Industriestaaten eingeführt werden müssen, also Devisen kosten. Ähnliches gilt für den Ersatz der Muttermilch durch Erzeugnisse der europäischen und amerikanischen Lebensmittelindustrie. Die pharmazeutischen Produkte der Industriestaaten beherrschen die Heilkunde in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bewährte einheimische Heilmethoden und -mittel wurden lange als rückständig abgetan. Erst die letzte Vollversammlung der WHO (World Health Organization = Welt-Gesundheitsorganisation) hat in fundierten

Beiträgen auf bisher vernachlässigte lokale Mittel und Erfahrungen hingewiesen⁴⁸⁾.

⁴⁷⁾ In dem Beschluß 93 der UNCTAD IV heißt es: „The United Nations' Conference on Trade and Development decides (beschließt) to adopt (anzunehmen) the following Integrated Programme for Commodities“. Gleichwohl schrieb der damalige Bundeswirtschaftsminister, der für die Bundesrepublik dem Beschluß zugestimmt hatte, nach seiner Rückkehr: „Die Rohstoff-Resolution ist in erster Linie eine Verfahrensentscheidung ... Die Richtung des künftigen Vorgehens ist nach wie vor offen.“ Ähnlich tatsächlich widersprüchlich heißt es in dem Artikel an anderer Stelle: „Die Rohstoff-Resolution von Nairobi zeichnet sich dadurch aus, daß der ausgehandelte Kompromiß nicht materieller, sondern prozeduraler Art ist.“ (Europa-Archiv, 31. Jhrg., Nr. 16, vom 25. 8. 1976, S. 519ff.)

In den Monaten nach Nairobi wurden dann in der Bundesrepublik Studien in Auftrag gegeben, die den Zweck hatten zu beweisen, daß in Nairobi nichts verbindlich zugesagt wäre und daß ein solches Integriertes Programm unweigerlich zum Dirigismus führen müßte. Ergebnis nach zweieinhalb Jahre langen Verhandlungen und einem Ultimatum der Entwicklungsländer: Am 30. 11. 1978 stimmten die Industriestaaten, einschließlich der Bundesrepublik, der Errichtung des Gemeinsamen Fonds, der das Kernstück des Integrierten Rohstoffprogramms ist, zu.

⁴⁸⁾ Damit kein Irrtum entsteht: Es ist hier nicht von Zauber-Doktoren die Rede. Vielmehr gibt es, ähnlich wie in Europa, auch in der Dritten Welt bewährte Hausmittel und Heilmethoden, die sich nicht selten als wirkungsvoll erwiesen haben. Es sei auch angemerkt, daß für einige pharmazeutische Produkte Extrakte exotischer Pflanzen verwendet werden. S. hierzu: Primary Health Care: A joint report by the Director General of the World Health Organization and the Director of the United Nations' Childrens Fund, Genf/New York 1978.

Den bisher konkretesten Ausdruck haben die Absichten der „Gruppe der 77“, sich vom Mercedes-Denken freizumachen, in dem von der Konferenz über die „Technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern“ (Technical Cooperation among Developing Countries = TCDC) 1978 von Vertretern aus 138 Staaten einstimmig verabschiedeten „Buenos Aires Plan of Action“⁴⁹⁾ gefunden.

In diesem Plan wird wie vorher in der „Strategie für das Zweite Jahrzehnt der Entwicklung“ und wie 1979 in dem „Arusha-Programm für Kollektive Besinnung auf die eigenen Möglichkeiten und für einen Verhandlungsrahmen“ (mit den Industriestaaten) erklärt, daß die self-reliance die Zusammenarbeit mit den Industriestaaten keineswegs ausschließt. Es wird im Gegenteil betont, daß die Hilfe der Industriestaaten auch für die effektive Verwirklichung der Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern unentbehrlich ist⁵⁰⁾.

In dieser Erkenntnis liegt an der Schwelle des „Dritten Jahrzehnts für die Entwicklung“ die Chance, einen neuen Anfang im „Nord-Süd-Dialog“ zu setzen. Voraussetzung dafür ist, daß nicht nur die Entwicklungsländer ihre Geister entkolonialisieren und aufhören, denen Ultimaten zu stellen, auf deren Zusammenarbeit sie nach ihren eigenen Worten angewiesen sind, sondern daß man auch in den Industriestaaten es künftig unterläßt, eigene Wertmaßstäbe, Ordnungsprinzipien und Geschäftsmethoden zu „Vätern aller Dinge“ zu erklären und entsprechend zu verfahren.

Doch die Entkolonialisierung der Geister hüben und drüben allein genügt nicht. Eine tragfähige, dauernde Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten braucht mehr. Dafür ist eine von allen Beteiligten anerkannte und respektierte „Geschäftsgrundlage“ notwendig. Diese gibt es bereits. Sie wird nur nicht beachtet. Wenn die „Charta der Menschenrechte“ und die Beschlüsse von Helsinki das Papier wert sein sollen, auf das sie geschrieben und gedruckt wurden, müssen die darin niedergelegten Grundsätze zu Leitbildern auch für das wirtschaftspolitische Verhalten gemacht werden.

⁴⁹⁾ So genannt nach dem Tagungsort (28. 8. bis 12. 9. 1978).

⁵⁰⁾ S. dazu Empfehlung Nr. 35 im Aktionsplan von Buenos Aires. Sie ist überschrieben: „Unterstützung der technischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern durch die bereits entwickelten Länder“.

Auf ihre Einhaltung bedacht zu sein, ist ein den Verträgen immanente Aufgabe, und ein Hinweis auf Verstöße ist entgegen irreführenden Behauptungen keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Er ist vielmehr gerechtfertigt durch die eingegangenen, für alle Regierungen verbindlichen grenzüberschreitenden Grundsätze. Wenn diese „Geschäftsgrundlage“ weltweit respektiert würde, könnte nicht nur der Frieden sich sicherer werden, sondern auch alle internationalen Konferenzen dürften erheblich erfolgreicher als bisher verlaufen.

Allerdings müßten auch die Vereinten Nationen Anstrengungen machen, diese „Geschäftsgrundlage“ nicht Lügen zu strafen. Wenn man aber einem Massenmörder in der Generalversammlung einen Ehrenplatz gibt, nur weil er Staatschef ist, wenn die VN zu einer Maulkorb-Gesetzgebung schweigen und wenn die Vollversammlung sich von einer Regierung die Hunderttausende von Menschen zunächst ausraubt und dann in den Tod schickt, die Bedingungen für Verhandlungen über das Schicksal dieser Flüchtlinge vorschreiben läßt, dann entwürdigt diese Organisation sich selbst und beraubt sich des Anspruchs, für Menschenwürde, Frieden und Freiheit einzustehen.

Solche Überlegungen, wären utopisch? Ein derartiges Vorgehen wäre nicht machbar? Nun, dann soll man sich nicht wundern, wenn eines Tages überhaupt nichts mehr machbar ist.

Angesichts der zügellosen Entwicklung während der letzten Jahre ist auch das eben geschaffene Europaparlament aufgerufen, sich seiner Verantwortung bewußt zu werden; denn dieses Europa hat der Welt in den letzten vierhundert Jahren die Maßstäbe in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Kultur gegeben. Daraus entspringt eine historische Verantwortung, der sich kein europäischer Parlamentarier entziehen sollte. Dies gilt auch und nicht zuletzt im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten.

Für Europa ist mit dieser Verantwortung zugleich die Frage verbunden, ob dieser Kontinent bis zum Jahr 2000 in die Bedeutungslosigkeit eines Spanien im 19. Jahrhundert zurückfällt oder ob es sich noch auffaffen kann, wichtige Orientierungsbeiträge für den Weg der Welt in eine gedeihlichere Zukunft zu leisten.

Franz Nuscheler: Rassistische und faschistische Auswüchse der britischen Krise

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/79, S. 3—19

Die britische Demokratie widerstand in den sozialen Nöten der Weltwirtschaftskrise faschistischen Anfechtungen. Mosleys „British Union of Fascists“ machte zwar öffentlichen Wirbel, konnte aber die Massen nicht für sich mobilisieren, weil das politische System seine Integrations- und Legitimationskraft auch in der Krise bewahren konnte. In der krisenhaften Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte entstand jedoch ein Krisengemisch, das durch die „Rassenfrage“, d. h. die Immigration aus dem farbigen New Commonwealth, verdichtet wurde. Nicht nur die bislang hoffnungslos im politischen Abseits stehenden rechtsradikalen Organisationen, sondern auch Randfiguren der Tories entdeckten „Immigration“ als agitatorischen Zündstoff. Enoch Powell wurde durch seine „River of Blood“-Rede von 1968 zum populärsten Volkstribunen, der die „Rassenfrage“ in den innenpolitischen Mittelpunkt rückte. Die 1967 aus mehreren rechtsradikalen Sektierergruppen gebildete National Front (NF) fand in den „Negroes“ und „Pakkis“ die Sündenböcke, die — zugleich als sichtbares Symbol des verlorenen Empire — für alle Übel der „weißen Rasse“ herhalten müssen: für Arbeitslosigkeit, Mangel an billigem Wohnraum, Verslumung der Vorstädte, Verbreitung von Krankheiten und Verbrechen; die NF gewann bei einigen Kommunal- und Nachwahlen in gemischten Wohnbezirken Stimmenanteile, die nicht mehr als Wahlwitz verniedlicht werden konnten. Die Studie zeigt, daß in diesem Stimmverhalten ein doppeltes Motiv zum Ausdruck kommt: Protest gegen eine Politik, die die soziale Misere in städtischen Problemgebieten verschärfte, und aggressive Abwehr gegen die „Bedrohung“ durch die Farbigen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Die Mehrheit der Mitglieder und Wähler der National Front besteht aus relativ jungen Arbeitern mit schlechter Schulbildung und Ausbildung; dieser „working-class racism“ ist jedoch ziemlich weit entfernt von der eindeutig faschistischen Ideologie, die ihre „Führer“ vertreten. Ihr Mißerfolg bei der letzten Parlamentswahl läßt noch keine Entwarnung vor der „Gefahr von rechts“ zu, weil ein latentes rassistisch-faschistoides Potential vorhanden ist, das eine weniger mit dem Nazismus assoziierte Gruppierung mobilisieren könnte. Die militanten Abwehrreaktionen der Anti-Nazi-League hatten bisher eher den gegenteiligen Effekt: sie verschafften der National Front die gierig gesuchte Publizität. Eine wirksame Abwehr könnte allenfalls eine Politik bewirken, die den Zusammenhang zwischen Krise und Rassismus/Faschismus zu durchbrechen vermag.

Markus Timmler: Verlieren die Industriestaaten die Initiative? Zur wirtschaftspolitischen Strategie der Entwicklungsländer während der letzten 25 Jahre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/79, S. 20—28

Das Streben der Entwicklungsländer nach Einordnung in die Gemeinschaft der Völker wurde während und unmittelbar nach ihrer Entkolonialisierung um 1960 bestimmt von dem Bewußtsein, daß die politische Souveränität ohne ein Mindestmaß von wirtschaftlicher Eigenständigkeit bedeutungslos ist. Die ökonomische Mitsprache suchten die Entwicklungsländer zunächst im Vertrauen auf und in Anlehnung vornehmlich an die „westlichen“ Industriestaaten. Dieses Vertrauen hat getrogen. Die industrialisierten Länder führen fort, die jungen Staaten in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten und über deren Rohstoffe zu von ihnen festgesetzten Preisen wie zu kolonialen Zeiten zu verfügen. Hiergegen wehrten sich die Entwicklungsländer. Sie drängten in den internationalen Organisationen auf die Wahrnehmung ihrer Interessen und begannen, sich auf die Ressourcen und Möglichkeiten innerhalb ihrer Grenzen zu besinnen sowie die Zusammenarbeit unter sich einzuleiten. Zugleich wurden aus den Wünschen gegenüber den Industriestaaten Forderungen und aus den Forderungen Ultimaten. In vielen Fällen trat an die Stelle der Kooperation die Konfrontation. Als die Entwicklungsländer außerdem feststellten, daß die „westlichen“ Industriestaaten mit dem von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Ordnungsprinzip die eigenen ökonomischen Schwierigkeiten (Inflation, Rezession, Arbeitslosigkeit) nicht zu meistern vermochten, ihnen weiter die Mitsprache in Fragen der Weltwirtschaft sowie eine effektive Berücksichtigung ihrer Interessen versagten, forderten sie eine Änderung der bestehenden weltwirtschaftlichen Ordnung. Bei der Auseinandersetzung um diese Fragen haben die Industriestaaten als Folge ihres Verhaltens das Vertrauen der Entwicklungsländer weitgehend verloren. Nachdem überdies die OPEC zur Speerspitze der Dritten Welt geworden ist, stellen sich gegenwärtig zwei Fragen: Wieweit liegt die Initiative in weltwirtschaftlichen Angelegenheiten noch bei den Industriestaaten? Und: Können sich diese noch aufbringen, wichtige Orientierungsbeiträge für den Weg der Welt in eine gedeihlichere Zukunft zu leisten?